E&W
Erziehung & Wissenschaft 01/2020
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

Gesundheitsschutz
in Bildungseinrichtungen

Foto: privat

WOLFHARD KOHTE

Know-how für die Gesundheit

Beim Kampf für eine bessere Gesundheit der Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen ist ein langer Atem gefragt. Erste Erfolge sind mit dem Einsatz der Personalräte für das Instrument der Gefährdungsbeurteilung in den Schulen vor rund 20 Jahren sichtbar geworden. Der 2009 organisierte Arbeitskampf der Beschäftigten in Kindertagesstätten hatte ebenso ein wichtiges Signal gesetzt.

Vor 2010 hatte kein Bundesland das 1973 beschlossene Arbeitssicherheitsgesetz korrekt angewandt, so dass oft bereits das elementare „arbeitsschutzrechtliche Know-how" fehlte. Inzwischen gibt es Gefährdungsbeurteilungen für physische und teilweise auch psychische Belastungen, die allerdings noch nicht zu flächendeckenden Maßnahmen geführt haben, obgleich Defizite bei der Gestaltung der Arbeitsstätten, beim Lärmschutz und den psychischen Belastungen bekannt sind. Auch in diesem Heft werden Beispiele dokumentiert, wie die Verantwortung hin- und hergeschoben, der Stillstand verwaltet wird.

Im August 2019 ist als Lichtstreifen am Horizont die Branchenregel Schule durch die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung veröffentlicht worden (www.dguv.de). Sie enthält eine Zusammenstellung einschlägiger Rechtsvorschriften, technischer Normen und vor allem gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse, die als arbeitsschutzrechtliches Know-how nach Paragraf 4 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) von jedem Arbeitgeber zu beachten sind. Die Regel ist in einem intensiven Kommunikationsprozess aller Gruppen entwickelt worden – von der Kultusministerkonferenz über die Unfallkassen der Länder, die kommunalen Spitzenverbände bis zu den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände. Das war und ist ein neuer, wichtiger Ansatz.

Die Regel verlangt, dass die beiden Unternehmen Schulhoheitsträger (Land) und Schulsachkostenträger (Kommune/Landkreis/Bezirk) miteinander kooperieren. Dafür müssen gemeinsam klare Zuständigkeiten und Kooperationsformen festgelegt werden. Es fehlt allerdings noch an tauglichen Konfliktregelungsverfahren.

Im Hauptteil werden in 19 Schritten die wichtigsten Arbeitsschutzthemen mit konkreten Lösungsmöglichkeiten beschrieben. Die Gliederung ist tätigkeitsbezogen – sie beginnt mit dem Eintreffen der Schülerinnen und Schüler am Morgen sowie den möglichen Unfallschutzmaßnahmen und endet bei der Instandhaltung der Schule (Hygiene, Reinigung, Reparaturen).

Natürlich geht es auch um die physischen und psychischen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten – sowohl der Lehrkräfte als auch des Verwaltungspersonals – sowie die Gestaltung der Arbeitsstätte: Lärm und Raumakustik, Mobiliar und digitale Arbeitsformen. Auch die Rolle der Eltern im Arbeitsschutz und die Anforderungen der Inklusion werden erläutert.

Mit diesem Werk werden wesentliche Herausforderungen der Gestaltung des Arbeitsschutzes in der Schule verständlich beschrieben, die Grundlage für Beratungen durch die Unfallkassen nach Paragraf 17 Sozialgesetzbuch (SGB) VII sein können. In der Regel wird betont, wie wichtig die Beteiligung der Interessenvertretungen und die Beachtung der Mitbestimmungsrechte ist. Mit den 19 Arbeitsschritten ist sie eine gute Grundlage für Beratungen und Fortbildungen der Personalräte, für deren Initiativrechte und für die Schwerbehindertenvertretungen. Im Lauf des Jahres 2020 sollte in jedem Arbeitsschutzausschuss die Branchenregel diskutiert und eine erste Prioritätenliste konkreter Maßnahmen formuliert werden.

Wolfhard Kohte,
Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Inhalt

Gastkommentar
Know-how für die Gesundheit Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Gesundheitsschutz in Bildungseinrichtungen
1. Gesundheitliche Gefahren für Lehrkräfte: Den Arbeitgeber in die Pflicht nehmen Seite 6
2. Interview mit Heinz Hundeloh: Gesundheit gibt es nicht zum Nulltarif Seite 12
3. Im Bildungsbereich Beschäftigte berichten von ihren Erfahrungen Seite 13
4. Interview mit Jürgen Stahl: Am Individuum liegt es nicht Seite 16
5. Stress, Lärm und lange Arbeitszeiten: Echte Medizin statt Placebos Seite 18

Bildungspolitik
1. Nationaler Bildungsrat: Ein Torso, mehr nicht Seite 20
2. GEW-Kommentar von Marlis Tepe: Kein Stillstand, bitte! Seite 22

Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren Seite 23

Frauen
GEW-Fachtagung FrauenStärken 2019: „Den Rollback zurückdrängen“ Seite 27

Serie „30 Jahre Ost-West“
Interview mit Thomas Lippmann: Zähes Ringen um Gleichstellung Seite 28

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
1. „Bildungsrepublik“ Deutschland: Ein verlorenes Jahrzehnt Seite 30
2. Interview mit Prof. Mechthild Schrooten: „Wir brauchen höhere Steuern“ Seite 32
3. GEW in Bildung unterwegs in Bremen: „Immer ist etwas kaputt“ Seite 43

Schule
1. PISA-Studie 2019: Leicht über Mittelmaß Seite 34
2. GEW-Kommentar von Ilka Hoffmann: Same procedure as every year Seite 36
3. Podiumsdiskussion zur Ganztagsschule: Zu hohe Erwartungen Seite 37
4. Ganztag im wissenschaftlichen Bewährungstest: Ein „echter Mehrwert“ Seite 38

Berufliche Bildung/Weiterbildung
Besteuerung von Weiterbildungsangeboten: Aufgeschoben, nicht aufgehoben Seite 40

Länderserie Digitalisierung
Sachsen: Ein bürokratisches Monster Seite 42

GEW-Intern
Deutscher Personalräte-Preis 2019 in Bronze: Einsatz für Teilzeit ausgezeichnet Seite 44

Leserforum Seite 45

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

Titelfoto: stock.adobe.com

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 72. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Mete-Ekşi-Preis verliehen

Das „Was geht?!-Magazin“ hat den Mete-Ekşi-Preis 2019 erhalten. Hinter dem Projekt stehen 16 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 22 Jahren, die aus Afghanistan, Albanien und Syrien stammen. Die Redaktion des Magazins ermutigt in Berlin ankommende Gleichaltrige, kulturelle Angebote zu nutzen und selbst zu gestalten. Dazu gehören Kurzfilme und das gedruckte „Was geht?!-Magazin“, das unter www.wasgeht.berlin zu finden ist. „Das hohe Maß an Eigeninitiative der Kinder und Jugendlichen war ein wichtiges Kriterium für die Auswahl dieses Projekts“, erklärten die beiden Vorsitzenden des Mete-Ekşi-Fonds, Melike Çınar und Peter Baumann, bei der Preisverleihung Ende November in der Hauptstadt.

Der Mete-Ekşi-Preis wird seit 28 Jahren jährlich vergeben. Er erinnert an Mete Ekşi, der 1991 in Berlin bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit anderen Jugendlichen tödlich verletzt wurde. Mittlerweile haben mehr als 100 Berliner Kinder- und Jugendgruppen diesen Preis erhalten. Ausgezeichnet werden junge Engagierte, die sich für das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen einsetzen.

Deutlich höherer Bedarf

Die Kultusminister haben bei ihrer Konferenz Anfang Dezember 2019 neue Modellrechnungen zum Lehrkräftebedarf für die nächsten zehn Jahre vorgelegt. Kernaussagen: Die Grundschulen in Deutschland werden noch die nächsten vier Jahre mit großem Lehrermangel zu kämpfen haben; die Lücke wird auf insgesamt 12.400 Grundschullehrkräfte beziffert. Ab 2024 werde sich dann aber ein Lehrkräfteüberschuss aufbauen, weil immer mehr Absolventen zur Verfügung stünden.

Die GEW schätzt den Bedarf dagegen deutlich höher ein. „Wenn die politischen Vorhaben wie Inklusion und Ganztag umgesetzt werden sollen, müssen deutlich mehr Lehrkräfte ausgebildet und eingestellt werden als von der Kultusministerkonferenz (KMK) prognostiziert“, betonte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Sie machte deutlich, dass es problematisch sei, für die Grundschulen ab 2024 Entwarnung zu geben. „Damit wird der Erfolg der jetzt endlich ergriffenen Maßnahmen, mehr Menschen für ein Studium des Grundschullehramts zu gewinnen, in Frage gestellt. Denn wer heute mit dem Studium anfängt, kommt frühestens 2025 oder 2026 an die Schulen. Um das Lehramt an Grundschulen attraktiver zu machen, müssen sich die Länder ein Beispiel etwa an Berlin nehmen und die Grundschullehrkräfte nach A13 (Beamte) und E13 (Angestellte) bezahlen – und an den Schulen zusätzlich Sozialarbeiter und Erzieherinnen einstellen.“ Dass es in Relation zu viele Gymnasiallehrkräfte gibt, während in den anderen SEK-I-Schulen tendenziell Lehrkräfte fehlen, zeige zudem den dringenden Reformbedarf in der Lehrkräftebildung, unterstrich Tepe (s. S. 30 ff.).

Herausforderung Digitalisierung

„Gesellschaft digital?“, unter diesem Titel lädt die GEW für den 19. März Mitglieder und Funktionäre zu einer Tagung in Fulda (Künzell) ein. Themen der eintägigen Konferenz sind unter anderem die ökonomischen Gründe und die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung der Arbeitswelt sowie des Alltags. So wird etwa der Physiker und Publizist Timo Daum seine Analysen zu Digitalisierung, Kapitalismus, zu Algorithmen, Daten und Usern vortragen. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Kontroverse zwischen Medienpädagogik und Informatik sowie die Frage nach den notwendigen Kompetenzen in einer digitalen Welt. Nähere Informationen und Anmeldung auf der Webseite der GEW unter „Veranstaltungen“.

GEW Bremen mit neuem Vorstand

Der Landesverband Bremen der GEW hat einen neuen Vorstand. Die Sonderpädagogin Elke Suhr aus Bremerhaven, die ausgebildete Erzieherin und Vorkurslehrerin Barbara Schüll aus Bremen und der Oberschullehrer Jan Ströh aus Bremen sind seit Ende November die neuen Landesvorstandssprecherinnen und -sprecher. Gemeinsam mit dem wiedergewählten Berufsschullehrer und Landesschatzmeister Nick Strauss aus Bremerhaven bilden sie künftig den Geschäftsführenden Landesvorstand. Beim Gewerkschaftstag der GEW Bremen wurden die langjährigen Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann nach 20 Jahren und Christian Gloede nach 14 Jahren im Amt verabschiedet.

Inhaltliche Schwerpunkte der Debatte waren die Arbeitsbedingungen von Lehrkräften und Erzieherinnen an Schulen sowie die Finanzierung des Schulbaus. Die Delegierten forderten mit großer Mehrheit, die Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften im ersten Schritt um zwei Stunden pro Woche zu senken. „Wir brauchen mehr Zeit für menschliche Bindungen in den Klassenräumen. Diese sind Voraussetzung für gelingendes Lernen“, so der neue GEW-Landesvorstandssprecher Ströh. Suhr ergänzte: „Im Zeitalter der Digitalisierung ist es noch einmal wichtiger, auf die Arbeitszeit zu achten, damit den Pädagoginnen und Pädagogen in allen Arbeitsbereichen noch Zeit zum Leben und zur Regeneration bleibt.“ Schüll forderte: „Bildung muss wieder durchfinanziert werden, denn wir brauchen Handlungsspielraum!“

Foto: Susanne Carstensen

Das neue GEW-Leitungsteam in Bremen: Barbara Schüll, Elke Suhr, Jan Ströh und Nick Strauss (v. l. n. r.)

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie vier CinemaxX-Gutscheine.*

Prämie des Monats Januar:

Vier CinemaxX-Gutscheine

Lachen, weinen, zittern, schmachten, erschrecken ...
Auch große Emotionen sind im Kollektiv am schönsten.
Vier Frei-Tickets für 30 CinemaxX-Kinos bundesweit.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Januar 2020/CinemaxX-Gutscheine

Den Arbeitg
in die Pflicht

// Personalmangel, Baulärm und Gewalt gegen Lehrkräfte: Der Arbeitsplatz Schule birgt viele gesundheitliche Gefahren für die Beschäftigten. Personalräte streiten für einen besseren Gesundheitsschutz. //

Berlin baut. In den kommenden sechs Jahren werden in der Hauptstadt viele Schulen neu errichtet und „mehrere Hundert umfangreich saniert, umgebaut oder erweitert“, heißt es auf dem Hauptstadtportal. Ein Umbau im laufenden Betrieb bedeutet: „Gerüste und Staubschutzwände aus Baufolien in Fluren und Pausenhallen, Stemm- und Bohrarbeiten sowie Sperrungen von Gebäudeteilen“, beschreibt Christian Richter, Lehrkraft an einer betroffenen Schule, die Arbeitssituation. Selbstverständlich begrüßt der Bezirkspersonalrat für allgemeinbildende Schulen in Reinickendorf die lang erwartete Instandsetzung der teils maroden Gebäude. Doch: „Die Kolleginnen und Kollegen klagen über starke Belastungen durch den Lärm. Die Bauarbeiten stellen sie fast täglich vor neue Herausforderungen, auf die sie flexibel reagieren müssen.“

Die Gesundheitsdaten sprechen für sich: Lehrkräfte leiden im Durchschnitt häufiger unter psychischen und psychosomatischen Erkrankungen als Angehörige anderer Berufsgruppen.* Mit bis zu 50 Prozent sind dies die Hauptdiagnosen beim frühzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst. „Neben Personalmangel, Klassengröße und schwierigen Problemlagen der Schüler kommt nun noch die Arbeit auf einer Baustelle obendrauf“, führt Richter aus.

Hartnäckig bleiben

Der 49-Jährige berät seit vielen Jahren Lehrkräfte zum Thema Gesundheitsschutz. Kürzlich wandten sich Sportlehrkräfte nach mehreren erfolglosen Beschwerdeversuchen an ihn: Wäh- >>>

eber nehmen

Illustration: zplusz – stock.adobe.com

Christian Richter setzt sich als Bezirkspersonalrat in Berlin-Reinickendorf für mehr Gesundheitsschutz in Schulen ein. Derzeit werden in der Hauptstadt viele Einrichtungen saniert, was die GEW begrüßt. Ein Umbau im laufenden Betrieb bedeutet aber auch Gerüste, Stemm- und Bohrarbeiten sowie Sperrungen von Gebäuden. „Die Kolleginnen und Kollegen klagen über starke Belastungen durch den Lärm", sagt Richter.

Foto: Kay Herschelmann

>>> rend die Schulturnhalle saniert wurde, mussten sich die Schülerinnen und Schüler in Containern außerhalb des Schulgeländes umziehen. Der Weg dorthin führte durch ein normalerweise verschlossenes Schultor. „Die Lehrkräfte mussten die Schüler begleiten und das Tor jedes Mal auf- und abschließen. Das raubte viel Zeit – von Unterricht und Erholungspausen", so Richter. Der erfahrene Personalrat thematisierte das Problem in dem monatlichen Austauschtreffen mit Schulaufsicht und Bezirksstadtrat. Es hieß, man kümmere sich bereits. „Wo es in dem Moment hakte, haben wir nicht erfahren, da zu viele Akteure beteiligt waren: neben Bezirksamt und Schulaufsicht auch Schulleitung und Handwerksbetriebe", erzählt er. Ein Teil der Belastung ließe sich jedoch auffangen, wenn das Kollegium besser über Termine und Ablauf der geplanten Maßnahmen informiert werde. Richter versucht nun, die Schulleitung beim Informationsaustausch zu unterstützen.

Kommunikation und Transparenz helfen, die Belastungen durch Bauarbeiten abzufedern, beseitigen diese jedoch nicht. „Uns sind die Hände gebunden, weil wir für das Personal, nicht für die Gebäude zuständig sind", so Richter. Ansetzen könnten Personalräte erst, „wenn eine konkrete Gesundheitsgefährdung vorliegt". So klagte in einem anderen Fall eine Kollegin, die unter einem Tinnitus litt, über die hohe Lärmbelastung in einem Mehrzweckraum mit schallharten Wänden und Decken.

Erfolgreiche Intervention

Der Raum konnte nicht gesperrt, die Kollegin sollte nicht einfach in ein anderes Team umgesetzt werden. So haben die betroffenen Kolleginnen und Kollegen persönliche Berichte über die Mehrbelastung aufgrund des fehlenden Schallschutzes geschrieben, und der Personalrat hat einen sogenannten Initiativantrag auf schnelle Beseitigung des Mangels gestellt. Die Schulaufsicht stellte laut Richter daraufhin Umbaumaßnahmen in Aussicht – ohne Terminangabe. „Als wir mit einer Klage drohten, veranlasste sie eine Zwischenlösung. Deckenelemente und verstellbare Wände wurden eingezogen, die den Schall erheblich dämpften", erzählt der Personalrat und freut sich über den Erfolg. „Die beteiligten Kolleginnen und Kollegen waren sehr froh. Zu oft müssen derartige Missstände hingenommen werden, ohne dass sich etwas verändert." Häufig argumentiere der Arbeitgeber vertreten durch die Schulaufsicht, dass dies eine Angelegenheit des Schulträgers und dieser daher für Lärmschutz oder bauliche Mängel nicht zuständig sei (s. S. 18 f.). Das lässt Richter nicht gelten, denn „der Arbeitgeber betreibt die Arbeitsstätte und ist somit für den Gesundheitsschutz zuständig".

Mit dem Arbeitsschutzgesetz aus dem Jahr 1996 hat der Gesetzgeber erstmals den Arbeits- und Gesundheitsschutz aller Beschäftigten einheitlich geregelt. Dass auch Lehrkräfte einen professionell organisierten Arbeitsschutz benötigen, wurde durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2006 bestätigt. Der Arbeitgeber hat demnach die Aufgabe, die Sicherheit und den Gesundheitsschutz von Lehrkräften durch geeignete Arbeitsschutzmaßnahmen sicherzustel-

len und kontinuierlich zu verbessern. Dabei hat der Personalrat weitreichende Mitbestimmungsrechte. In einem ersten Schritt gilt es, den Arbeitsschutz vor Ort zu verankern und mit Leben zu füllen: Laut Arbeitssicherheitsgesetz müssen Betriebsärzte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Sicherheitsbeauftragte bestellt und Arbeitsschutzausschüsse eingerichtet werden.

Organisatorischer Rückstand

Das wird in den Bundesländern sehr unterschiedlich interpretiert und umgesetzt. „Auch 30 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes fehlt es für den ‚Betrieb' Schule in der Mehrzahl der Bundesländer bereits an diesen Grundvoraussetzungen für einen effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutz", schreiben Wolfhard Kohte und Ulrich Faber in ihrem Leitfaden „Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen"**. Dieser „organisatorische Rückstand" habe sich in den vergangenen Jahren dank „diverser Initiativen der Personalräte" verringert. Damit habe sich auch im Schulbereich bestätigt, „dass Fortschritte im Arbeitsschutz eng mit der Nutzung der Beteiligungsrechte der Betriebs- und Personalräte verzahnt sind", sagt Kohte.

So geschehen im norddeutschen Schleswig: Auf Initiative der damaligen Personalrätin Gudrun Harries arbeitet am Berufsbildungszentrum (BBZ) heute der bisher landesweit einzige schulische Arbeitsschutzausschuss (ASA) zum Gesundheitsschutz. Vorher war allein der zentrale ASA im Kieler Bildungsministerium zuständig, an dem neben Vertretern von Ministerium und arbeitsmedizinischem Dienst auch Harries und eine Kollegin für den Hauptpersonalausschuss teilnehmen. Für die einzelnen Schulen sind auf Kreisebene Fachsicherheitsbeauftragte zuständig, doch „die haben nicht die Ressourcen, sich um jede Schule zu kümmern", so die 58-Jährige. Für große Schulen wie das BBZ mit rund 200 Lehrkräften hält Harries einen eigenen Ausschuss für unabdinglich. „Man braucht Strukturen, damit Absprachen und Maßnahmen nicht aneinander vorbeilaufen."

Im ASA sitzen Schulleitung, Sicherheitsbeauftragte, Personalrat und der schulische Koordinator für Gesundheitsthemen zusammen. Damit sei er sehr effektiv: Checklisten zum Thema Arbeitssicherheit wurden abgearbeitet, Brandschutzhelfer ausgebildet und Maßnahmen zur Gesundheitsprävention entwickelt. Mit dem Ausschuss habe der BBZ-Personal-

>>>

Gesundheitsschutz in Kitas: Kämpfen lohnt sich

Mit rund 6.800 Beschäftigten sind „Die Elbkinder – Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten" ein großer Arbeitgeber in der Hansestadt. In den 187 Kitas sind 95 Prozent der Beschäftigten Frauen, der Altersdurchschnitt liegt bei 42 Jahren. „Hier geht es um die Frage, wie die Kolleginnen an ihrem Arbeitsplatz gesund alt werden können", berichtet Sabine Lafrentz, seit 38 Jahren Mitglied im jetzt 33-köpfigen Betriebsrat. Das Renteneintrittsalter von Erzieherinnen liege im Durchschnitt bei 58 Jahren. „Viele Kolleginnen verlassen uns mit Abzügen oder gehen in die Erwerbsunfähigkeitsrente." Häufigste Leiden sind Rückenschmerzen und Verschleißerscheinungen in den Knien – Folge des vielen Hebens und Tragens der Kinder sowie der Arbeit auf dem Fußboden. Auch die psychischen Belastungen sind erheblich aufgrund großer Gruppen, häufigem Personalausfall und der Situation der Kinder und ihrer Familien.

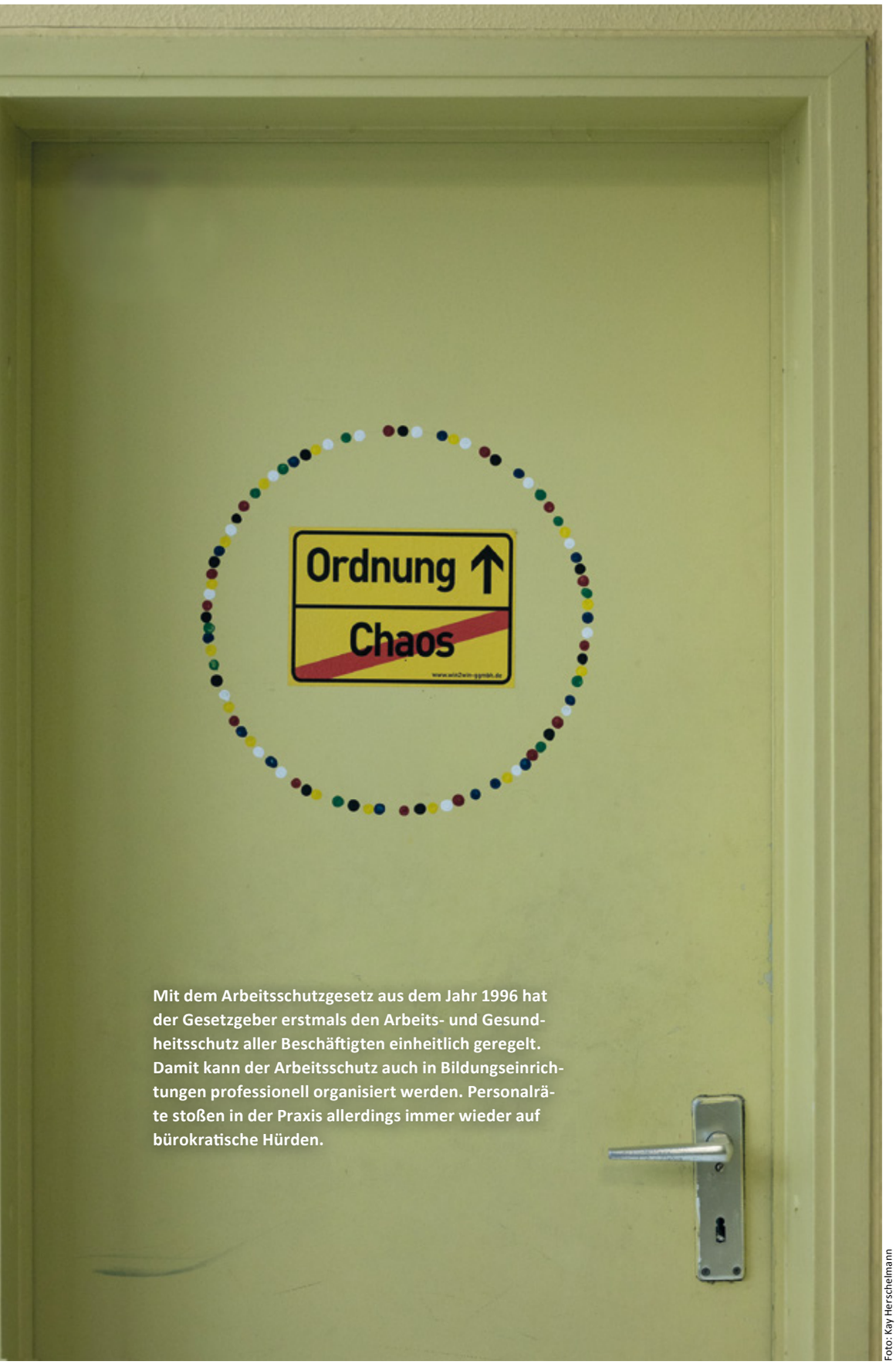
Foto: Babette Brandenburg

Sabine Lafrentz ist seit 38 Jahren Mitglied des Betriebsrates der Vereinigung der Hamburger Kindertagesstätten „Die Elbkinder". 95 Prozent der Beschäftigten sind Frauen, der Altersdurchschnitt liegt bei 42 Jahren. „Hier geht es um die Frage, wie die Kolleginnen an ihrem Arbeitsplatz gesund alt werden können", sagt Lafrentz.

In der Theorie, so Lafrentz, könne der Betriebsrat bei allen Maßnahmen zu Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bei der Unfallverhütung mitbestimmen. „In der Praxis müssen wir vieles erkämpfen." Ein Beispiel sind die regelmäßig stattfindenden Gefährdungsbeurteilungen. Da der Träger sie bisher im Haus ausgewertet hat, waren die Ergebnisse und mehr noch die daraus folgenden Maßnahmen für die Beschäftigten unbefriedigend, beliefen sich laut Lafrentz „auf einige technische Maßnahmen". Für die Auswertung der anstehenden Gefährdungsbeurteilung für psychische Belastungen hat der Betriebsrat deshalb eine internationale Ausschreibung durchgesetzt. Die beauftragte Firma wird auch Maßnahmen vorschlagen. Große Fortschritte verspricht sich Lafrentz dennoch nicht, denn die Umsetzung der Vorschläge obliege der unternehmerischen Entscheidung des Trägers und damit dem Geldgeber, also dem Senat. „Der Betriebsrat hat wenig Hebel, um Maßnahmen durchzusetzen." Dennoch ist es ein Anfang.

Ein größerer Erfolg sei die unlängst abgeschlossene Betriebsvereinbarung „Gefährdungsbeurteilungen", in der sie mit dem Arbeitgeber vereinbart haben, „dass wir künftig auch kleinere, auf einen speziellen Bereich abzielende Gefährdungsbeurteilungen veranlassen können". Derzeit erarbeitet der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung zur „Begrenzung der Leistungen". Vorgesehen ist, konkrete Aufgaben zu benennen, die bei Personalausfall gestrichen werden, um die vertretenden Kolleginnen zu entlasten. Eine solche Vereinbarung wäre „ein echter Meilenstein", sagt die Betriebsrätin. M. L.

>>>



Mit dem Arbeitsschutzgesetz aus dem Jahr 1996 hat der Gesetzgeber erstmals den Arbeits- und Gesundheitsschutz aller Beschäftigten einheitlich geregelt. Damit kann der Arbeitsschutz auch in Bildungseinrichtungen professionell organisiert werden. Personalräte stoßen in der Praxis allerdings immer wieder auf bürokratische Hürden.

Foto: Kay Herschelmann

rat einen Ort, „um sich zu positionieren und eigene Initiativen einzubringen – kurz: unser Mitbestimmungsrecht geltend zu machen“, so Harries.

Die Gefährdungsbeurteilung ist laut Kohte „das wichtigste Instrument zur Verbesserung gesundheitsgefährdender Arbeitsbedingungen“. Mit ihr werden sicherheitstechnische, aber auch psychische Belastungen an den Schulen erhoben. Das betreffende Land als Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, Maßnahmen zur Beseitigung der festgestellten Gesundheitsgefährdungen unter Mitbestimmung der Personalräte aufzulegen. In diesem Rahmen wurden in Nordrhein-Westfalen (NRW) von 2012 bis 2018 erstmals – neben den sicherheitstechnischen – auch die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz erhoben. Befragt wurden rund 180.000 Lehrkräfte an den 5.600 öffentlichen Schulen anhand eines international anerkannten Fragebogens (Copenhagen Psychosocial Questionnaire, COPSOQ). Die Freiburger Forschungsstelle für Arbeits- und Sozialmedizin hat die Daten ausgewertet (s. S. 16 f.). Veröffentlicht wurden Regionalberichte für die Regierungsbezirke sowie ein Gesamtbericht für NRW. Darüber hinaus erhielt jede Schule einen umfangreichen Schulbericht, den sie mit Bordmitteln selbst auswerten sollte.

Es sei „höchst problematisch, dass die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen den Schulen selbst überlassen ist“, findet Uwe Schledorn, langjähriger Lehrerrat*** an einem Förderzentrum, Bezirkspersonalrat und Mitglied im Leitungsteam Referat Arbeits- und Gesundheitsschutz der GEW NRW. Viele Lehrkräfte und ihre Lehrerräte seien überfordert, denn dafür benötigen sie komplexes Fachwissen. „Sie haben zwar die Rechte und Pflichten zur Mitbestimmung, aber nicht die Zeit für diese Aufgaben“, bringt es Schledorn auf den Punkt. Um sie dennoch zu befähigen, ihre Mitbestimmungsrechte durchzusetzen, schulen Schledorn und seine Kollegin im Leitungsteam des Referates, Harda Zerweck, die Lehrerräte, das Datenmaterial zu analysieren. Zudem raten sie ihnen, „den Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen“. Die Schulen sollten „die Gefährdungen und Forderungen

zur Beseitigung über das Schulministerium gegenüber dem Land dokumentieren, die sie wegen fehlender Mittel und Entscheidungsbefugnisse selbst nicht beheben können“, zum Beispiel die Verkleinerung der Klassengröße. Damit sei der Arbeitgeber gesetzlich zum Handeln gezwungen.

Schledorn kritisiert, dass die Landesregierung bisher überwiegend Maßnahmen zur Verhaltensänderung aufgelegt hat, um gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen beizukommen. Initiiert wurden beispielsweise Workshops zu Resilienz und Stressbewältigung, Stimmtraining sowie Fortbildungen für Schulleitungen zu gesundheitsfördernden Führungsverhalten. „In einem Beschluss des Gewerkschaftstages der GEW NRW 2019 fordern wir Maßnahmen, die die Verhältnisse ändern, wie kleinere Klassen, weniger Pflichtstunden und mehr Anrechnungsstunden.“

Regelmäßig schulen Schledorn und Zerweck Lehrerräte und auch Personalräte in Grundlagen und Strategien des Gesundheitsschutzes. „Das Interesse ist groß, damit treffen wir buchstäblich einen Nerv“, so Schledorn. Ein drängendes Thema ist „Gewalt an der Schule“. Das entspricht einem COPSOQ-Ergebnis, nach dem Erfahrungen verbaler und körperlicher Gewalt zunehmen. Als Lehrer an einem Förderzentrum kennt Schledorn diesen Stressfaktor. Es sei „psychisch und physisch sehr fordernd, wenn man in eine Schlägerei verwickelte Schüler trennen muss oder selbst Ziel eines Angriffs wird“. Den Lehrerräten empfehlen Schledorn und Zerweck, gemeinsam mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen Dienstunfallanzeigen zu stellen, um im Falle etwaiger gesundheitlicher Folgen wie eines Traumas abgesichert zu sein. Die Bezirksregierung Münster hat 2017 eine Handlungsempfehlung für Schulen zum Thema Gewalt neu aufgelegt. Schledorn findet diese für die Praxis hilfreich. „Jedoch würden kleinere Klassen und mehr Personal für die Arbeit mit herausfordernden Kindern mehr bewirken.“

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Scheuch K., Haufe E., Seibt R.: Teachers’ health, in: Deutsches Ärzteblatt 20/2015**
****Wolfhard Kohte, Ulrich Faber: Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen, Bund-Verlag, 14,90 Euro**
*****Der Lehrerrat bildet in einigen Bundesländern ein drei- bis fünfköpfiges Gremium, das von der Lehrerkonferenz gewählt wird und als Mittler und Interessenvertretung zwischen Schulleitung und Beschäftigten fungiert. Er ist kein Personalrat.**

Zum Weiterlesen
Übersicht Lehrergesundheit: bit.ly/aerzteblatt-lehrergesundheit-pdf
Handlungsempfehlung Gewalt gegen Lehrkräfte: bit.ly/nrw-gewalt-lehrer-pdf

Gesundheit gibt es nicht zum Nulltarif

// Erschöpfung, Kopfschmerzen, Nervosität, Reizbarkeit und Schlafstörungen. Die Symptome, unter denen Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher leiden, sind vielfältig. Fast jede bzw. jeder Dritte klagte schon einmal über Burnout. Was tun? Der Fachbereichsleiter Bildungseinrichtungen bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) Heinz Hundeloh erklärt, was sich ändern müsste. //

Foto: dpa/Monika Skolimowska

Gesundheitsgefahren in Bildungseinrichtungen lauern in der alltäglichen Arbeit. Wer etwa den ganzen Tag Kinderlärm ausgesetzt ist, braucht mehr Zeit zum Erholen und Entspannen. Durch den hohen Krankenstand in vielen Einrichtungen und den Personalmangel ist das vielfach aber nicht möglich.

E&W: Wo lauern in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas die größten Gesundheitsgefahren für die Beschäftigten?

Heinz Hundeloh: Die größten Gefahren gehen nicht von Unfällen aus. Das Hauptproblem bei Lehrkräften, Erzieherinnen, Erziehern, Schülerinnen und Schülern ist die psychische Gesundheit.

E&W: Was sind die Ursachen?

Hundeloh: Zunächst einmal sind strukturelle Faktoren wie der fehlende Arbeitsplatz in der Schule, möglicherweise ausbleibender Erfolg bei der Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages sowie der offene Arbeitsauftrag zu nennen. Insbesondere Lehrkräfte können eigentlich nie richtig abschalten, sich nicht zurückziehen. Sie transportieren ihren Beruf täglich mit ins Private. Sie korrigieren zu Hause Arbeiten, führen Telefonate mit Eltern, bereiten Unterricht vor. Es bedarf schon eines sehr guten Selbstmanagements und entsprechender Selbstdisziplin, um da eine klare Trennung herbeizuführen und ohne schlechtes Gewissen die Arbeit zu beenden. Mit einem Arbeitsplatz in der Schule könnten sie sagen: Bis 17 Uhr, dann ist Feierabend. Wir plädieren deshalb für den Arbeitsplatz in der Einrichtung, wissend, dass er zu einer besseren Kooperation des Personals untereinander führen kann. Kooperation wirkt

Foto: Unfallkasse NRW

Heinz Hundeloh

letztendlich entlastend, verbessert das Sozialklima und fördert am Ende die Gesundheit.

E&W: Wenn das bekannt ist, warum passiert, obwohl beispielsweise auch die GEW es seit Jahren fordert, nichts oder zumindest zu wenig?

Hundeloh: Vielleicht, weil es Geld kostet. Bildungseinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, Zeit und Raum für Kooperationen zu öffnen. Das erfordert entsprechende Investitionen. Gesundheit gibt es nicht zum Nulltarif.

E&W: Eine Frage der Haltung?

Hundeloh: Das Thema Gesundheit ist vielfach nicht in den Köpfen. Weder bei den Politikern noch bei den Betroffenen, die oft nur spüren, dass es ihnen nicht gut geht. Wir brauchen eine Art Denkfilter „Gesundheit“. Durch ihn sollten alle Entscheidungen fließen, gepaart mit der Frage, welche Auswirkung sie haben. Das gilt zum Beispiel für den offenen Bildungsauftrag. Hat die Gesellschaft ein Problem, sollen es die Bildungseinrichtungen lösen. Dabei müsste aber gefragt werden, ist das wirklich ihre Aufgabe, muss ihnen das auch noch aufgebürdet werden? Wir plädieren für eine klare Beschreibung der Kernaufgaben. Der Denkfilter gilt aber ganz besonders auch für die Schulleitung. Gesundheit muss zum Gegenstand von Führung werden. Zu beschließen, dass die Wände blau gestrichen werden, weil ich die Farbe mag, ist das eine. Zu fragen, was die Farbe bei den Beschäftigten, aber auch Kindern und Jugendlichen bewirkt, das andere. Das wäre gelebte Präventionskultur.

E&W: Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Hundeloh: Weder beim Thema Inklusion noch bei der Einführung von G8 wurde jemals die Frage gestellt, welche Aus- >>>

Theresa Vater, Lehrerin Deutsch und Sport an der Reinhold-Burger-Schule, Berlin

„Nach meinem Referendariat kam ich 2016 an die Schule. Wenn ich mit älteren Lehrkräften spreche, höre ich oft: Die pädagogische Arbeit ist umfangreicher, anstrengender geworden. Elternarbeit und sozialpädagogische Aufgaben werden wichtiger, Bildungsarbeit tritt häufiger in den Hintergrund. Etwa 20 Prozent unserer Schülerinnen und Schüler leiden unter psychischen Problemen wie Depressionen, autoaggressivem Verhalten, fluchtbezogenen Traumata. Wir müssen das systematisch und individuell auffangen: Steht das Kind einen normalen Schultag durch? Wie können wir es optimal unterstützen? Was tun bei häuslicher Gewalt? Das belastet emotional.

Hinzu kommen strukturelle Belastungen. Die Abstimmung mit schulpsychologischem Dienst oder Jugendamt kostet viel Zeit. Manche Kinder leben zu Hause, andere in Wohngruppen, in Krisenunterkünften, in Einrichtungen der Jugendhilfe. Terminfindung, Koordination und pädagogische Gespräche mit wechselnden Ansprechpartnern sind extrem aufwändig.

Um den Alltag trotzdem zu bewältigen, arbeiten wir in Klassenleiterteams. Jeden Montag vor Schulbeginn treffen sich die Jahrgangsteams freiwillig zur Beratung. Alle zwei Wochen setzen sich Fachbereichs- und Jahrgangsleiter zusammen, es gibt jahrgangsübergreifende Kooperation und einmal im Vierteljahr strukturierte Bilanzgespräche mit Eltern und Kindern. 40-Stunden-Woche? Habe ich noch nie gehabt. Aber egal, wo wir zu streichen versuchen – wir kommen im Kollegium immer zum Schluss, dass es letztlich mehr Stress erzeugt, wenn wir unsere Kooperationsstrukturen abspecken. Und: Die Arbeit mit den Kindern macht unheimlich Spaß.“

Foto: privat

Theresa Vater

Soncan Somji, schulischer Sozialarbeiter an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Hannover Linden

„Wir sind drei Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter für 1.300 Schülerinnen und Schüler, das ist einfach zu wenig. Ich habe mindestens 18 bis 20 Beratungsgespräche pro Woche, dazu kommen Betreuung im Freizeitbereich und externe Diensttermine. Früher hatten fast nur Jugendliche aus der Sekundarstufe I Beratungsbedarf. Seit drei, vier Jahren kommen auch Oberstufenschüler. Viele haben psychische Erkrankungen, fragen sich, ob sie weitermachen oder abbrechen sollen. Auch Mobbing über Social Media hat sehr zugenommen, viele Fälle landen bei uns.

Die IGS hat sich hier sehr verändert. Ich liebe meine Arbeit, aber manchmal schlaucht es schon. Man kann nach Dienstschluss nicht einfach abschalten, die Probleme der Kinder nehme ich mit nach Hause. Wir haben ja Schweigepflicht, wenn wir uns auch im Team gegenseitig so gut wie möglich – anonymisiert – unterstützen. Am Wochenende beschäftigt mich oft: Wie kann ich dem Jugendlichen helfen? Gerade wenn es um Gewalt in der Familie geht, muss man immer wieder neu abwägen: Muss ich die Behörden informieren, weil das Kindeswohl gefährdet ist? Wie kann ich die Eltern erreichen? Ich merke den Stress an Kleinigkeiten. Vor ein paar Jahren noch hatte ich jeden Termin im Kopf. Heute muss ich mir alles aufschreiben, immer häufiger vergesse ich trotzdem Dinge.“

Foto: privat

Soncan Somji

Carolin Schneider, Lehramtsstudentin, 3. Semester, Englisch, Mathe, Schwedisch, Universität Greifswald

„In allen Fachwissenschaften müssen wir die gleiche Menge Stoff bewältigen wie Bachelor-Studierende. Aber bei uns kommen noch Fachdidaktik und Erziehungswissenschaften dazu. Das ist kaum zu schaffen. Erst recht, wenn man ein Drittfach gewählt hat. Ich muss in Schwedisch 105 Leistungspunkte erwerben, nur 15 weniger als in den Hauptfächern. Im Sprachstudium sind zudem drei Monate im Ausland Pflicht, Lehramtsstudierende müssen drei Schulpraktika machen. Genug Plätze gibt es dafür nicht, schon gar nicht im Semester. Also bleiben oft nur die Semesterferien.

Ein weiterer Stressfaktor sind die überfüllten Kurse. Wir Studierenden sitzen dann in der Anmeldephase um 24 Uhr am Laptop, um einen Kursplatz zu ergattern. Wenn nicht – Pech gehabt.

Am Wochenende muss ich immer Mathe-Hausaufgaben machen. Auch sonst sitze ich abends oft am Schreibtisch. Ich habe 30 Wochenstunden Präsenzveranstaltungen. Nach den Studienempfehlungen soll ich im Selbststudium noch mal doppelt so viel drauflegen. Aber wann? Auf meinen Sport, Handball, verzichte ich trotzdem nicht, ich schlafe halt was weniger. Mein Engagement in der Fachschaft hilft mir, das Studium durchzustehen – hier habe ich Freunde und kann mich mit erfahrenen Kommilitoninnen und Kommilitonen austauschen.“

Foto: Jugendpresse Deutschland/Christopher Folz

Carolin Schneider

Elisabeth Krautt, Leiterin der städtischen bilingualen Kindertagesstätte Karlsruhe-Grötzingen

„Die größte Belastung für uns ist, wenn Eltern ihre Kinder krank in die Kita bringen. Postwendend erfasst die Krankheitswelle auch die Fachkräfte. Zwischen November und Ende Februar fehlt meist fast ein Drittel der Belegschaft. Weil die übrigen dann mehr zu tun haben, werden sie schneller krank, ein Teufelskreis. Wenn viele Springer eingesetzt werden müssen, bringt das Unruhe in die Gruppen. Auf Dauer bricht die Gruppendynamik zusammen. Das ist sehr belastend für alle. Dazu kommt der Lärm im Kita-Alltag. Bauklötzchentürme stürzen um, Stühle werden gerückt. Besonders anstrengend ist der Lärm für unsere Inklusionskinder. Viele reagieren aggressiv, wenn es zu laut wird. Das schaukelt sich richtig hoch. Zum Glück hat der Träger schon beim Neubau der Kita Maßnahmen zur Geräuschdämmung umgesetzt.

Wir selbst haben unseren Alltag umgestellt. Früher waren bis zu 20 Kinder in einem Raum, heute ist das nicht denkbar. Die Mädchen und Jungen sind selbstbewusster geworden, diskutieren und streiten mehr. Jetzt sind maximal acht bis 15 Kinder zusammen, sie verteilen sich nach Interesse auf Bildungsbereiche, in denen experimentiert oder kreativ gearbeitet wird. Wir essen in zwei Gruppen, sodass auch leise Tischgespräche möglich sind. Trotzdem klagen viele Fachkräfte über Migräne und Rückenprobleme. Die Arbeit geht einfach auf den Rücken. Außerdem fehlt bei Personalengpässen Zeit für Vorbereitung und Konzeption. Manchmal fühlen sich die Fachkräfte dann eher als Aufpasser, denn als Bildungsbegleiter. Das stresst erst recht.“

Foto: privat

Elisabeth Krautt

Aufgezeichnet: Anja Dilk, freie Journalistin

>>> wirkung das auf das Personal hat. Und wenn ich von Personal rede, schließe ich alle an Bildungseinrichtungen Tätigen ein – auch die Ehrenamtlichen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie die Hausmeister und Schulverwaltungskräfte. Einfach alle. Oder nehmen wir die Digitalisierung. Alle reden von der notwendigen Technik. Niemand aber bringt den Arbeitsschutz, die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten und der Schülerschaft ins Spiel. Es wird nicht geprüft, ob lange Tätigkeit am digitalen Medium ergonomisch schädlich ist. Es wird nicht gefragt, wie groß die Schrift am PC oder das Licht sein sollte. Dabei wissen wir doch alle, dass Gesundheit Auswirkungen auf die Bildung hat und umgekehrt. So zeigen die Studien von Klusmann und Kollegen*, dass gesunde Lehrkräfte in der Wahrnehmung der Schülerinnen und Schüler besser unterrichten als Lehrkräfte, deren Gesundheit beeinträchtigt und angegriffen ist. Und nach einer Studie von Harazd** ist die Unterrichtsqualität einer Schule umso höher, je weniger sich das Kollegium der Schule belastet fühlt.

E&W: Was aber tun, wenn sich zum Beispiel ein Schüler verweigert, für die Methoden der Lehrkraft nicht empfänglich ist, der Lärmpegel ständig steigt?

Hundeloh: Ob ich als jemand, der in einer Bildungseinrichtung arbeitet, erfolgreich bin, hängt in der Tat vom Miteinander ab. Ich vergleiche das gerne mit dem Schreiner. Er kann in Ruhe das Stück Holz bearbeiten. Es wehrt sich nicht. Menschen aber schon. Und da kommt natürlich der Blick auf die eigene Persönlichkeit ins Spiel.

E&W: Inwiefern?

Hundeloh: Ich muss bereit sein, über mein eigenes Tun zu reflektieren und gegebenenfalls aus eingefahrenen Strukturen auszubrechen. Das kostet Kraft und Mut, ist anstrengend. Ich muss mich öffnen, vielleicht auch einmal den Kollegen fragen: Warum läuft dies und jenes bei mir falsch? Leider sind die meisten Schulen immer noch Orte der verschlossenen Türen, auch wenn es einige gute Gegenbeispiele gibt. In Zusammenarbeit mit den anderen kann ich gemeinsam Unterricht planen und durchführen, Methoden für ruhigeren und spannenden Unterricht, für selbstgesteuertes Lernen entwickeln. Mit anderen Worten: Es nutzt nicht sehr viel, wenn ich an der Bildungseinrichtung einen eigenen Arbeitsplatz besitze, aber nicht kommuniziere und kooperiere, sprich mein Verhalten ändere.

E&W: Der ein oder andere wird jetzt aufstöhnen: „Wir sind also selbst schuld, wenn es uns schlecht geht."

Hundeloh: Einen Missstand wie die Gesundheitsgefährdung kann man nur beseitigen oder verringern, wenn sich Verhältnisse und Verhaltensweisen ändern. Dazu gehören der Staat als Dienstherr, etwa durch die Bereitstellung des notwendigen Personals und vor allem Qualifizierung und Unterstützung, die Schulträger, etwa bei der Ausstattung der Schulen, aber natürlich auch jeder einzelne in der Verantwortung für andere und sich selbst.

E&W: Wie optimistisch sind Sie, dass sich etwas zum Besseren wendet?

Hundeloh: Wenn alle Verantwortlichen in den Bildungseinrichtungen lernen, das Thema Gesundheit als unverzichtbar und nicht als Add-on zu betrachten, gibt es eine Chance.

Interview: Stephan Lüke,
freier Journalist

***Klusmann, U./Kunter, M./ Trautwein, U./Baumert, J. (2006): Lehrerbelastung und Unterrichtsqualität aus der Perspektive von Lehrenden und Lernenden. In: Zeitschrift für Pädagogische Psychologie 20 (3), 2006, S. 161-173**

****Harazd, B./Gieske, M./Rolff, H.-G. (2009): Gesundheitsmanagement in der Schule. Köln, LinkLuchterhand**

Privatklinik Eberl
BAD TÖLZ

Alle Zulassungen für Sanatoriums- und stationäre Maßnahmen:

Psychosomatik / Burn-Out
Orthopädie
Innere Medizin

- modernste Diagnostik und Therapie
- großer Fitnessraum, Sauna, Dampfbad
- Thermal-Schwimmbad (31 – 32 °C)

Kostenträger: Beihilfe und private Krankenkassen

PRIVATKLINIK EBERL

Privatklinik Eberl
Buchener Straße 17
D – 83646 Bad Tölz

Telefon: 08041.78 72-0
Fax: 08041.78 72-78
info@privatklinik-eberl.de
www.privatklinik-eberl.de

Am Individuum liegt es nicht

// Baden-Württemberg ist bisher das einzige Bundesland, in dem es in allen Schulen Gefährdungsbeurteilungen gibt. Wie die GEW dieses Instrumentarium nutzt, erklärt Jürgen Stahl, Leiter der Fachgruppe Gymnasien im Landesverband. //

E&W: Die GEW Baden-Württemberg gilt als Vorreiterin in Sachen Lehrkräftegesundheit. Wo sehen Sie die größten Probleme?

Jürgen Stahl: Die Kolleginnen und Kollegen nennen meist vor allem die Arbeitsbelastung und die schwierige Trennung von Arbeits- und Privatleben. Als belastend empfinden sie auch

Foto: GEW Baden-Württemberg

Jürgen Stahl, Experte für Arbeits- und Gesundheitsschutz in der GEW Baden-Württemberg

den Lärm, der durch eine lange Nachhallzeit in älteren Schulgebäuden und in besonders extremer Form in Sporthallen entsteht. Immer häufiger hören wir zudem von immenser Wärme- und Hitzebelastung im Sommer. Letztgenannte Probleme werden dadurch verschärft, dass nur wenige Schulen baulich-technisch auf einem aktuellen Stand sind.

E&W: Baden-Württemberg ist bisher das einzige Bundesland, in dem es Gefährdungsbeurteilungen in allen Schulen gibt. Wie kam das?

Stahl: 2001 erreichten wir erstmals eine Dienstvereinbarung, die den Arbeits- und Gesundheitsschutz in Schulen zur definierten Aufgabe der Kultusverwaltung erhob; zuvor hatte diese argumentiert, das Arbeitsschutzgesetz (ASG) beziehe sich lediglich auf die Privatwirtschaft. Zwar steht im ASG, in öffentlichen Einrichtungen sei es „gleichartig“ umzusetzen – darüber, was das bedeutet, haben wir ewig diskutiert. Damals gab es den ersten Pilotversuch mit Gefährdungsbeurteilungen, der allerdings zu einem sehr negativen Feedback der Lehrkräfte führte.

E&W: Warum?

Stahl: Weil es am Arbeitsplatz Schule mit einer sicherheitstechnischen Begehung nicht getan ist. Eine Analyse spezifischer Gefährdungen muss psychische Belastungen mitbetrachten; inzwischen steht das auch so im ASG, aber damals nicht. Davon ausgehend entwickelte die Freiburger Forschungsstelle für Arbeits- und Sozialmedizin auf der Grundlage eines Kopenhagener Vorbilds namens COPSOQ* überhaupt erst einmal einen geeigneten Fragebogen. Dieser ist inzwischen zweimal, 2009 und 2016, in allen Schulen in Baden-Württemberg eingesetzt worden.

E&W: Kam dort das heraus, was Sie eingangs sagten?

Stahl: Unter anderem. Positiv ausgedrückt gilt: Lehrkräfte fühlen sich wenig belastet, wenn Führungsqualität und Gemeinschaftsgefühl stimmen, die Arbeit als bedeutend angesehen wird, der Work-Privacy-Konflikt gut zu lösen ist und Maßnahmen gegen Lärm ergriffen wurden. Leider ist all das an vielen Schulen nicht so und führt zu Belastungen. Als weitere Gefährdungsmomente wurden hohe emotionale Anforderungen, Stress,

Die Gefährdungsbeurteilung an den Schulen in Baden-Württemberg ergab, dass Lehrkräfte sich wenig belastet fühlen, wenn Führungsqualität und Gemeinschaftsgefühl stimmen.

Foto: mauritius images/Bymandesigns/Alamy

Konflikte im Kollegium sowie Mobbing genannt.

E&W: Hatte sich denn bei der zweiten Befragung die Gesundheit der Lehrkräfte verbessert?

Stahl: Das ist ein wunder Punkt: Es wurde den Schulen überlassen, die Ergebnisse zu interpretieren und einen Maßnahmenkatalog zu erstellen. Dafür fehlen häufig die Kenntnisse. Auch kam es vor, dass Schulleitungen die Ergebnisse schlicht ignorierten. Generell zeigt sich auch hier, welch große Rolle die Führungsqualität spielt. Und eine Reihe Probleme ist eben nicht pädagogisch oder psychologisch zu lösen, sondern nur baulich-technisch. Das gelingt wegen einer bürokratischen Hürde aber so gut wie nie: Zwar ist das Schulministerium beim Thema Lehrkräftegesundheit dank langer Kämpfe im Boot – Trägerinnen der Schulen sind allerdings die Kommunen (s. S. 18 f.).

E&W: Wie geht die GEW Baden-Württemberg damit um?

Stahl: Im Grunde fordern wir bis heute in Briefen an – wechselnde – Ministerinnen und Minister, dass den Gefährdungsbeurteilungen flächendeckende Maßnahmen folgen müssen. Weit gekommen sind wir damit nicht. Erreicht haben wir allerdings, dass die gesundheitsfördernden Angebote mit Unterstützung des Kultusministeriums deutlich ausgebaut wurden.

E&W: Zum Beispiel?

Stahl: Eine von zehn Maßnahmen ist, dass sich Lehrkräfte zu Coaching-Gruppen nach dem Freiburger Modell anmelden können, das der Neurowissenschaftler Prof. Joachim Bauer entwickelt hat. An sechs Terminen und mit psychologischer Begleitung wird die Stärkung der Beziehungskompetenz gegenüber Schülerinnen und Schülern, Eltern, Kollegium und Vorgesetzten in den Blick genommen. Die Kolleginnen und Kollegen treffen sich in Regionalgruppen und tauschen sich aus. Für Führungskräfte gibt es spezielle Gruppen. Wir schätzen, dass bisher rund 10.000 Lehrkräfte dieses Programm durchlaufen haben.

E&W: Gibt es auch Maßnahmen, die sich an Kollegien richten, sodass eine ganze Schule ihre Strukturen in den Blick nehmen kann?

Stahl: Nun ja. Einmal im Jahr darf jede Schule zu einem Gesundheitstag Expertinnen und Experten einladen. Zudem kann die Auswertung der Gefährdungsbeurteilungen seit dem zweiten Durchlauf von einem Schulpsychologen moderiert werden. Kollegien, die die Ergebnisse prozesshaft begleiten lassen wollen, können sich zusätzlich für ein eineinhalbtägiges Seminar an einer Akademie anmelden. Weitere Maßnahmen sind, dass neue Schulleitungen in ihrer Einführungswoche ein wenig über Arbeits- und Gesundheitsschutz hören. Die Begleitung der Berufsanfänger wurde gestärkt. Und es gibt ein Trainingsmodell, in dem Kolleginnen und Kollegen Tandems bilden und wechselseitig im Unterricht hospitieren. Auch das wird von einem Schulpsychologen begleitet. Das ist übrigens die einzige Maßnahme, für die es eine Anrechnungsstunde gibt.

E&W: Welche Bilanz ziehen Sie nach 20 Jahren Engagement?

Stahl: Einerseits haben wir als GEW viel erreicht, auch systemisch. Andererseits: Wenn Sie die Lehrkräfte fragen, antworten die meisten weiterhin: Entlasten würden sie vor allem kleinere Klassen und weniger Unterrichtsverpflichtung. Arbeits- und Gesundheitsschutz wird bislang kaum als positive Stärkung der Berufslaufbahn erlebt. Das ist aber auch ein Zeichen dafür, dass Gesundheit nicht in erster Linie mit dem individuellen Verhalten, sondern mit den Verhältnissen zusammenhängt. Diese geraten bisher kaum in den Blick. Bis zu einem gesundheitsgerechten Arbeitsplatz Schule ist es noch ein weiter Weg.

Interview: Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***Weitere Informationen:**
www.copsoq.de

Echte Medizin statt Placebos

// Stress, Lärm und zu lange Arbeitszeiten gefährden die Gesundheit der Beschäftigten in Bildungseinrichtungen. //

Schulen und Kitas sind gefährliche Orte, zumindest entsteht dieser Eindruck nach Lektüre der „Branchenregeln" der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Die Broschüren mit den Nummern 102 bis 601 für Schulen und 102 bis 602 für Kindertageseinrichtungen listen detailliert Risiken auf – vom Straßenverkehr bei der Ankunft der Kinder über Explosionen im Chemieraum bis zu fliegenden Bällen im Außenbereich. Doch die größten Gesundheitsrisiken für Lehr- und Erziehungskräfte fehlen: Stress, Lärm, lange Arbeitszeiten und psychische Belastungen.

Ein Jahr lang, in Unterrichts- wie Ferienwochen, schrieben rund 3.000 Lehrkräfte weiterführender Schulen in Niedersachsen täglich ihre Arbeitsstunden auf. Der Leiter der Niedersächsischen Arbeitsbelastungsstudie, der Soziologe Frank Mußmann von der Göttinger Georg-August-Universität, stellte die Ergebnisse im Jahr 2016 vor. Das Fazit: Die Mehrheit der Lehrkräfte tut mehr, als sie müsste, und manche arbeiten mehr, als sie dürfen (s. E&W 9/2016 und 2/2018). Knapp 17 Prozent der Vollzeitkräfte widmen ihrem Beruf während der Schulwochen mehr als 48 Stunden und überschreiten damit die EU-rechtlich zulässige Wochen-Höchstarbeitszeit. Und zwar „freiwillig", so erklären es die Beschäftigten. Das sieht auch die Politik so: Die richtige Mischung aus Unterricht, festgelegten und selbst gewählten Aufgaben „liegt in der Eigenverantwortung der Lehrkraft", zitiert die Studie, die im Auftrag der GEW Niedersachsen entstand, die damalige niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD).

Hohe emotionale Belastung

Also ist das Problem selbst verschuldet und damit nicht zu lösen? Zur Wahrheit gehört, dass viele Menschen, die in sozialen Berufen arbeiten, nicht so sehr äußerem Druck, sondern inneren Motiven gehorchen. Dennoch hat der Arbeitgeber darauf zu achten, dass die Beschäftigten die Obergrenzen einhalten. Im Mai 2019 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass Arbeitgeber verpflichtet sind, die Stunden der Beschäftigten zu dokumentieren – genau und täglich (s. E&W 11/2019, S. 24 f.).

Die Umsetzung ist allerdings in vielen Branchen schwierig, auch bei Lehrkräften. Schließlich findet ein Teil der Arbeitszeit nicht in der Schule statt. Diese Stunden genau zu erfassen, ist für viele schwer vorstellbar.

Wie unter einem Brennglas zeigt ein Report des DGB vom April 2019 die Probleme und Besonderheiten der Gesundheits-, Sozial-, Erziehungs- und Bildungsberufe. Laut der Sonderauswertung „Interaktionsarbeit" des DGB-Index „Gute Arbeit" sind Beschäftigte im Bildungs- und Erziehungsbereich zu 93 Prozent vom Sinn ihrer Arbeit überzeugt. Sie tragen aber eine hohe emotionale Belastung. Für Stress sorgen Zeitmangel, ein zu hoher Aufwand für Bürokratie, die von der „eigentlichen" Arbeit abhält, und „unrealistische Erwartungen" von Eltern und Kindern. Hinzu kommt Lärm: 61 Prozent der Befragten klagen darüber, das sind fast so viele wie bei Beschäftigten in Fabriken oder Werkstätten.

Als belastend empfinden Bildungs- und Erziehungsfachkräfte auch das zu geringe Ansehen ihrer Tätigkeit. Die Aufstiegschancen in der Branche sind eher unattraktiv – jede Stufe auf der Karriereleiter bedeutet mehr Arbeit, aber nur unwesentlich mehr Gehalt.

Und es herrschen klassische Muster: In den Lehr- und Erziehungsberufen arbeiten überwiegend Frauen, viele kümmern sich darüber hinaus um eigene Kinder oder Angehörige und arbeiten (deshalb) in Teilzeit. Doch je geringer die individuelle Arbeitszeit, desto größer die Mehrarbeit, lautet ein Ergebnis der niedersächsischen Studie.

„Besonders drastisch ist das Missverhältnis im Wissenschaftsbereich, wo für 50 Prozent Teilzeit bezahlt, aber Arbeit wie in Vollzeit geleistet wird", sagt Daniel Merbitz, Leiter des GEW-Vorstandsbereichs Tarif- und Beamtenpolitik. „Und nebenbei wird bis spät in die Nacht an der eigenen Doktorarbeit geschrieben."

Großer Leidensdruck

Nicht nur dort, sondern bei fast allen Beschäftigten im Bildungsbereich gebe es „Selbstausbeutung", weiß Merbitz: „Man hat einen Beruf, für den man brennt, und man trägt Verantwortung für Kinder. Die wenigsten zählen da die Minuten." Doch gerade wer die Arbeit besonders gut machen will, stößt an zeitliche Grenzen. Das erzeugt neuen Leidensdruck, so ein Ergebnis der niedersächsischen Arbeitszeitstudie.

Müssen sich die Menschen ändern – oder die Umstände? Beides, sagen Fachleute. Die Gesundheitsforschung spricht von der Verhaltens- und der Verhältnisprävention. Um etwas zu bewirken, sollten beide Maßnahmen zusammenkommen. Ein klassisches Beispiel für die betriebliche Gesundheitsvorsorge ist der Verzicht auf Zigarettenkonsum. Um die Belegschaft vom Glimmstängel wegzubringen, sollte es nicht nur den individuellen Rauchentwöhnungskursus geben, sondern auch die strukturelle Änderung wie ein Rauchverbot auf dem Betriebsgelände.

Doch gegen chronischen Stress und Arbeitsüberlastung in den Bildungsberufen helfen solche Maßnahmen nur bedingt: „Organisiert die Schulleitung Yogakurse, hat sie zwar etwas getan, aber sie verschiebt die Verantwortung zurück auf die Einzelpersonen“, sagt Merbitz. „Dabei müsste sich strukturell etwas ändern. Sprich, es müsste echte Medizin anstelle von Placebos eingesetzt werden.“ In Niedersachsen hatte eine Kommission aus den Ergebnissen der Studie von 2016 abgeleitet, dass die Pflichtstundenzahl sinken sollte. Doch diese Maßnahme erfordert mehr Personal. Da dieser Wunsch in Zeiten des Fachkräftemangels nicht schnell umgesetzt werden kann, gilt es, die internen Verhältnisse zu verändern.

Zuständigkeitswirrwarr

Der wichtigste Hebel ist die Gefährdungsbeurteilung, die seit 2013 gesetzlich verpflichtend auch für die psychische Gesundheit erstellt werden muss. „Arbeits- und Gesundheitsschutz ist ein zentrales Element der Mitbestimmung“, sagt Merbitz. „Hier können die Personalräte viel bewirken.“

Schwierig ist im Schulbereich, dass gleich zwei „Unternehmer“, wie es in der Branchenregel der Unfallversicherung heißt, für verschiedene Teilbereiche zuständig sind. Die Kultusministerien oder Senate der Länder regeln den „inneren Schulbereich“, also Inhalte, Methoden und Organisation, und sind als Arbeitgeber und Dienstherren verantwortlich für Sicherheit und Gesundheit aller Beschäftigten, sowohl der angestellten wie der verbeamteten. Für die Einrichtung und Ausstattung von Gebäuden und Freiflächen sowie organisatorische Aufgaben sind die Schulträger, in der Regel die Kommunen, zuständig.

Um die Sache noch komplizierter zu machen, gibt es darüber hinaus die Schulleitungen, die vor Ort die ersten Ansprechpartnerinnen und -partner für die Personal- und Betriebsräte sind. Deren Mitglieder sind aufgefordert, auf die Einhaltung der Schutzregeln zu achten, um Kolleginnen und Kollegen „auch vor sich selbst zu schützen“, sagt Merbitz. „Selbstausbeutung darf nicht die Antwort auf die desolaten Zustände sein.“

Nach Einschätzung des GEW-Vorstands wird das Instrument der Gefährdungsbeurteilung im Schul- oder Kita-Alltag oft nicht konsequent genug ein- und umgesetzt. Zwar werden die Gefahrenpotenziale von Treppenneigungen oder Sportgeräten betrachtet, nicht aber die psychischen Belastungen durch Lärm oder immer neue Aufgaben.

Ein weiterer Hebel, mit dem Personalräte Verbesserungen erreichen können, ist die Arbeitszeitverordnung. So gelten die Minuten zwischen zwei Unterrichtsstunden offiziell als frei. Tatsächlich aber erledigen viele Lehrkräfte nach dem Klingelzeichen Anrufe, kümmern sich um die Organisation der nächsten Stunde oder besprechen sich schnell im Team. Um hier echte Pausen zu schaffen, könnte sich das Kollegium zum Beispiel auf Phasen ohne Besprechungen einigen und Ruheräume schaffen.

„Wir wollen unsere Personalräte bei diesen Themen fit machen und sie stärker vernetzen“, sagt Merbitz. Die Bildungsgewerkschaft bietet daher sowohl auf Hauptvorstands- wie auch auf Landesebene regelmäßig Seminare an.

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

Die große Mehrheit der im Bildungs- und Erziehungsbereich Beschäftigten ist laut DGB-Index „Gute Arbeit“ vom Sinn ihrer Arbeit überzeugt. Allerdings sagen auch viele, dass die Belastung im Beruf hoch ist. Für Stress sorgen unter anderem Zeitmangel und ein zu hoher Aufwand für Bürokratie.

Foto: imago images/photothek

Ein Torso, mehr nicht

// Das föderale Klein-Klein in der deutschen Bildungspolitik treibt neue Blüten: Die Länder sperren den Bund trotz jüngster Milliarden-Investitionen bei ihrem „Bildungsrat“ aus – ein Gremium, das diesen Namen nun wahrlich nicht mehr verdient. //

Eigentlich sollte es in dieser Wahlperiode das Bildungs-Prestigeobjekt der Großen Koalition von Union und SPD werden: ein Nationaler Bildungsrat (NBR), ähnlich organisiert wie der Wissenschaftsrat mit einem Zwei-Kammer-System. In der einen Kammer unabhängige, vom Bundespräsidenten berufene Spitzen-Wissenschaftler, in der anderen politische Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern. Der NBR sollte eine „unabhängige, interdisziplinäre, längerfristige, systematische Perspektive entlang der gesamten Bildungsbiografie“ entwickeln und sich nicht nur auf schulische Themen beschränken.

Alte Grabenkämpfe

Es war der damalige CSU-Chef und heutige Bundesinnenminister Horst Seehofer, der Anfang 2018 bei den Koalitionsverhandlungen von Union und SPD darauf gedrungen hatte, das Projekt Nationaler Bildungsrat im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Und es war jetzt ausgerechnet Seehofers Amtsnachfolger als CSU-Chef und bayerischer Ministerpräsident, Markus Söder, der dem geplanten gemeinsamen Bund-Länder-Bildungsprojekt nach mühsamen und langwierigen Verhandlungsrunden den Todesstoß versetzte. Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) hatte schon seit Monaten an der inhaltlichen Einbeziehung des Bundes und vor allem an der geplanten Stimmverteilung herumgemäkelt. Eisenmann tritt bei der nächsten Landtagswahl in Baden-Württemberg als CDU-Spitzenkandidatin an. Es geht ihr wie Söder um parteipolitische Profilierung, nicht um die Lösung von Bildungsproblemen. Am Rande der Kultusministerkonferenz (KMK) in Berlin wurde aber auch deutlich, dass zudem einige andere Länder-Regierungschefs der Union sowie Spitzenbeamte der Länder-Staatskanzleien sich intern äußerst kritisch und mahnend zu dem gemeinsamen Bildungsprojekt mit dem Bund geäußert hatten – auch wenn die Ministerpräsidenten zuvor in ihren jeweiligen Parteigremien dem Koalitionsvertrag zugestimmt hatten. Der Bund darf zwar weiter kräftig für Bildung zahlen, inhaltlich aber nicht mitwirken.

Was die KMK nun beschlossen hat, ist ein Torso – auch wenn die Kultusminister ihr

Karikatur: Christiane Pfohlmann

neues Gremium „Bildungsrat/wissenschaftlicher Beirat“ nennen wollen. Erste Einzelheiten will die KMK Mitte März festlegen. Klar ist nur eins: Der Bund soll in dem Gremium weder Sitz noch Stimme erhalten und nur bei Fragen, die Bund und Länder gemeinsam betreffen, „angemessen beteiligt werden“.

Der Name „Bildungsrat“ weckt natürlich Assoziationen zu dem legendären Deutschen Bildungsrat, den es in der alten Bundesrepublik zwischen 1966 und 1975 gab. Die Empfehlungen seiner Wissenschaftler waren bahnbrechend, etwa für die Einführung von Ganztags- und Gesamtschulen, frühkindlicher Bildung und die pädagogische Förderung und Integration behinderter Kinder – auch wenn viele seiner Ideen erst Jahrzehnte später Einzug in die praktische Bildungspolitik fanden. Gescheitert ist der Deutsche Bildungsrat als Beratungsgremium letztendlich an einer unzureichenden Einbeziehung von Politik und staatlicher Verwaltung, vor allem aber am Widerstand der Finanzminister und dem in jenen Jahren entbrannten ideologischen Grabenkrieg um die Gesamtschule versus dreigliedriges Schulsystem.

Das sollte diesmal laut Koalitionsvertrag durch das geplante Zwei-Kammer-System analog zum Wissenschaftsrat vermieden werden. Die GEW hatte das ausdrücklich begrüßt und schon in den Jahren zuvor – wie auch Stiftungen und andere Bildungsexperten – immer wieder die Einsetzung eines neuen Bildungsrates gefordert. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe: „Wir brauchen einen Schulterschluss zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Sozialpartnern, um der Gesellschaft ein zukunftsfähiges Bildungsangebot zu machen.“

Es ist müßig, nach Schuldigen zu suchen, wenn sich Söder und Eisenmann mit ihrem Veto sogar öffentlich brüsten. Die bildungspolitisch zuvor völlig unerfahrene Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek (CDU), hat im ersten Jahr ihrer Amtszeit viele Fehler gemacht, war öffentlich wie politisch selten präsent. Hinzu kam hausinterner Zwist mit ihrer damaligen für Länderfragen zuständigen Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen. Karliczek hätte parallel zu den mehreren milliardenschweren Bund-Länder-Programmen für Hochschulen, Forschung und die Digitalisierung der Schulen gleichzeitig auch den Bildungsrat mit ausverhandeln müssen. Die Bundesmilliarden waren schließlich für die Länder unter Dach und Fach. Karliczek hatte keine Verhandlungsmasse mehr in der Hinterhand.

Tiefpunkt bei Klima

Am Abend vor der absehbaren KMK-Entscheidung über das Aus für den gemeinsamen Bildungsrat hatten sich die Kultusminister und Karliczek zu einem Kamingespräch getroffen – nur die Minister, keine Protokollanten. Ein solches Gesprächsformat am Rande einer KMK hatte es zuvor noch nie gegeben. Karliczek meldete sich, wie Teilnehmer berichteten, nur ein einziges Mal zu Wort und schrieb den Kultusministern ins Stammbuch: Die deutschen Bildungsprobleme bleiben, sie harren endlich einer Lösung. Und: „Die Kritik am Bildungsföderalismus wird nicht geringer werden. Es ist wichtiger denn je, den Dialog zwischen Bund und Ländern zum Bildungsföderalismus zu erneuern.“

Doch wie soll das real geschehen? Denn zugleich kommen von Söder weitere barsche Töne aus München. Er stellt den erst 2018 gefundenen Kompromiss zum Bund-Länder-Finanzausgleich in Frage und fordert zudem die Einsetzung einer neuen Föderalismuskommission. Letztere hatte 2006 der Bildung das unselige Kooperationsverbot im Grundgesetz beschert. Und nun eine Wiedervorlage? Das Bund-Länder-Verhandlungsklima ist an einem neuen Tiefpunkt angelangt.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bezirk
Südbaden

Wir möchten unser Team in Freiburg verstärken
und suchen zum 1. März 2020 oder später eine*n

Gewerkschafts-sekretär*in (m/w/d)

für den Bezirk Südbaden

Aufgabenbereiche:
- Beratung und Betreuung insbesondere von jüngeren Mitgliedern (Hochschule, Seminare, Dienstanfänger) und Mitglieder im sozialpädagogischen Berufsfeld
- Veranstaltungsplanung und -organisation
- Unterstützung ehrenamtlich tätiger Mitglieder
- Organisatorische Aufgaben innerhalb der Geschäftsstelle

Wir wünschen uns:
- Geschick im Umgang mit Menschen und Freude am Organisieren
- Freude am Arbeiten im Team
- Hohe Flexibilität und Mobilität (Führerschein Klasse B)
- Kompetenz im Erläutern und Vertreten von gewerkschaftlichen Positionen
- Bereitschaft zur Einarbeitung in Rechtsbereiche (Arbeits-, Beamten- und Schulrecht)
- Hochschulausbildung oder/und entsprechende Berufserfahrung

Wir bieten:
- Eine unbefristete Vollzeitstelle (37 Stunden/Woche)
- Die Bezahlung erfolgt nach GEW-Tarif Gruppe 7/8/9
- Überdurchschnittliche Sozialleistungen
- Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Intensive Einarbeitung
- Eine angenehmes Arbeitsklima mit fünf Beschäftigten

Sollten wir Ihr Interesse geweckt haben, Sie aber noch Fragen haben, können Sie sich gerne an unseren Geschäftsführer Klaus Willmann wenden (Tel.: 0761/33447).
Bewerbungen (auch als Mail mit Anhang) bitte bis zum 24. Januar 2020 an folgende Adresse: GEW Südbaden, zu Händen des Geschäftsführers
Wölflinstr. 11, 79104 Freiburg, klaus.willmann@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:
www.auslandsschulwesen.de
Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Kein Stillstand, bitte!

„Wir wollen die Bildungschancen in Deutschland im gemeinsamen Schulterschluss von Bund und Ländern verbessern“, lautet die Zielstellung im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für den Bund. Ja, richtig! Hinter dieses Ziel müssten sich doch eigentlich alle stellen können: die Eltern für ihre Kinder, alle die im Bildungsbereich arbeiten – ob als Erzieher*in, Lehrkraft, Wissenschaftler*in oder in der Weiterbildung. Aber natürlich auch und vor allem alle in der Politik. Ebenso sind bessere Bildungschancen für Wirtschaft und Sozialpartner von hoher Bedeutung. Die GEW will das schon lange.

Aber der Vorschlag der Großen Koalition über einen Nationalen Bildungsrat dahin zu kommen, ist nun vom Tisch. Dieses Gremium ist schon vor seiner Berufung gescheitert. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kündigte das Vorhaben als erster auf: „Wir wollen unser hochwertiges bayerisches Abitur behalten und kein Zentralabitur aus Berlin.“ Auch Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) bezeichnete den geplanten Bildungsrat als „komplett überflüssiges Gremium“, damit schloss sie sich ihrem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann an.

Wovor hatten die Beteiligten Angst? Es war ja gar nicht vorgesehen, dass der Rat Vorschriften machen kann. Aber ein eigenes Vordenkgremium aus Wissenschaftler*innen und Expert*innen: Das brauchen wir. Gern auch in Beratung mit Vertretungen der Eltern, Lehrkräfte und Schüler*innen, um „sich über die zukünftigen Ziele und Entwicklungen im Bildungswesen zu verständigen und die Zusammenarbeit der beteiligten politischen Ebenen bei der Gestaltung der Bildungsangebote über die ganze Bildungsbiografie hinweg zu fördern“, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Wir brauchen diesen Rat insbesondere deshalb, weil durch Einsparungen auf dem Weg zur Schuldenbremse auch in den Bildungsministerien Stellen gestrichen wurden. Wer hat dort noch Zeit, Konzepte zu entwickeln? Die Kultusministerkonferenz hat dazu zu wenig Kraft. Auch wenn sie in den vergangenen Jahren eine „Strategie für das Lernen in der digitalen Welt“ entwickelt hat, mangelt es noch an Umsetzungsschritten.

Wer geht jetzt die größte Baustelle an: Fast 20 Jahre nach dem PISA-Schock hängt die Bildung immer noch in erster Linie von der sozialen Herkunft der Kinder ab. Wir konstatieren: Die Zahl der Menschen ohne Hauptschulabschluss ist nach dem Dresdner Bildungsgipfel 2008 nicht genügend gesunken (s. S. 30 ff.). Das hat Folgen für die Berufsausbildung, denn wer ohne Hauptschulabschluss ist, dem wird kaum ein Ausbildungsberuf angeboten. Dass damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbaut sind und die Verdienstmöglichkeiten drastisch sinken, ist weitgehend bekannt. Die gesellschaftliche Teilhabe – politisch wie kulturell – ist ebenfalls erschwert. Menschen mit geringerer Bildung und geringen Verdienstmöglichkeiten können weniger auf ein gesundes Leben achten. Wer wird diese Baustelle in Angriff nehmen?

Die Bildungsungerechtigkeit setzt sich zwischen den Ländern aber auch zwischen den Kommunen fort. So betragen die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro Kopf 7.700 Euro. Der Unterschied zwischen dem Land, das am meisten investiert und dem, das am wenigsten investieren kann, liegt pro Kind bei 3.300 Euro. Was kann ein Kind dafür, in welchem Bundesland es geboren wurde? Bei den Investitionsmöglichkeiten der Kommunen setzt sich die ungleiche Ausstattung fort. In Hessen hat die GEW die Schulbauinvestitionen und Instandhaltungsausgaben der Landkreise und kreisfreien Städte zwischen 1992 und 2017 verglichen. Die Unterschiede sind alarmierend. So spreizen sich aktuell zum Beispiel die Ausgaben pro Schüler*in in Hessen zwischen rund 250 Euro in der Stadt Kassel und 1.300 Euro im Hochtaunuskreis. Wer wird über diese Ungerechtigkeiten nun nachdenken und Lösungsvorschläge machen? Nach dem Aus kein Stillstand, bitte!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Dialog

1/2020

Cartoon: Karl-Heinz Brecheis

INHALT:

Titel
Ihr werdet gebraucht! Seiten 1–3

GEW-Kommentar
Protest lohnt sich Seite 2

Service
Seniors for Future Seite 4

Im Kurzcheck
Was bewegt … Seite 4

Ihr werdet gebraucht!

// Längst gehen nicht mehr nur die Jungen für das Klima auf die Straße. Auch die Älteren ziehen mit. Sie werden gebraucht, damit ein kraftvolles, generationenübergreifendes Bündnis entsteht. //

An diesem Freitagmittag stehen sie dicht an dicht, die Jacken bis oben zugeknöpft, die Transparente in die Luft gestreckt. „Climate is changing. Why aren't we?" – „Opa, was ist ein Schneemann?" Der junge Mann auf der Bühne tritt ans Mikrofon. „Are you here to save the planet?". „Jaaa", ruft die Crowd und skandiert: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut."

Berlin, Brandenburger Tor, Black Climate Friday in Berlin. Zehntausende sind an diesem Novembertag gekommen, um für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. Bemerkenswert: Es sind nicht nur Schülerinnen und Schüler sondern auffällig viele Ältere jenseits der 60 Jahre und weit darüber hinaus. Keine Frage, Klimaschutz ist auch für Seniorinnen und Senioren ein Thema geworden. Ältere gehen für das Klima auf die Straße oder engagieren sich in Organisationen – von Greenpeace bis zu den Omas gegen rechts.

Schon 2017 ergab eine Auswertung des Sozioökonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin: Es sind nicht nur die Jugendlichen, die sich um die Zukunft der Erde sorgen, sondern genauso die Menschen über 65. Armin Nassehi, Soziologieprofessor an der Universität München, hält das keineswegs für überraschend. „Oft wird argumentiert, die Alten hätten kein Interesse an dem Thema, weil sie die Folgen des Klimawandels nicht mehr erleben werden. Ich halte das für naiv. Natürlich spielen in dieser Frage nicht nur persönliche Interessen eine Rolle." Die Protestforschung zeigt >>>

>>> sogar, dass sich Menschen generell nicht ausschließlich aus persönlicher Betroffenheit engagieren. „Ausschlaggebend sind vielmehr Solidarität und persönliche Überzeugung“, so Simon Teune von der Technischen Universität Berlin. Bei den Protesten gegen die Agenda 2010 kurz nach der Jahrtausendwende etwa war die Mehrheit der Demonstranten von den Regelungen gar nicht betroffen. Dass sich nun auffallend viele Ältere den Klimaprotesten anschließen, liegt nach Einschätzung Teunes auch daran, dass sie oft an eigene Protesterfahrungen anknüpfen können. „Viele waren in ihrer Jugend in der Friedens-, Umwelt- oder Frauenbewegung aktiv. Sie haben Protest als Habitus der politischen Einmischung erlernt.“ Wenn es wieder ein wichtiges Thema gibt, das sie berührt, stehen sie auf der Straße. Wie bei Stuttgart 21 und jetzt bei Fridays for Future.

Neu bei den Klimaprotesten: Statt Generationenkonflikt, gibt es den Wunsch nach Generationenkooperation. Nassehi: „Denn im Gegensatz zu den 68ern geht es der Bewegung nicht um Abgrenzung von den Älteren, weder inhaltlich noch ästhetisch.“ Eltern und Großeltern sind vielmehr Verbündete, die die Dinge wieder in Ordnung bringen sollen. Protestforscher Teune sieht daher im Engagement der Seniorinnen und Senioren „enormes Potenzial. Denn sie haben Zeit, Erfahrung und Expertise, um etwas zu bewegen.“

Dialog hat sich unter Protestlern jenseits der Rente umgehört: Was tun sie, was motiviert sie, was wollen sie erreichen? ad

Foto: privat

Ilona Wilhelm (69),
Demoaktivistin, ehem. Lehrerin, Hamburg

„Die Demos sind großartige Erlebnisse. Nur strahlende Gesichter, freundliche Atmosphäre, eine bunte Mischung von Menschen, Jung und Alt. Die Stadt steht still. Mich hat das an die Friedens- und Anti-AKW-Bewegung erinnert. Damals bin ich morgens um 4 Uhr aufgestanden, mit Bussen ging es nach Brokdorf, Gorleben, Grohnde. Die Schlachten mit der Polizei werde ich nie vergessen. Es war eine Massenbewegung von unten, unabhängig von den Parteien, so wie Fridays for Future heute. Auch die Formen sind ähnlich. Transparente, Parolen, Straßenblockaden, gewaltfreier Widerstand. Heute eben Social Media statt Flugblättern. Schon in den 1980er-Jahren war vieles bekannt über den Klimawandel, aber es wurde verdrängt. Als Chemielehrerin habe ich zwar im Unterricht das Thema immer behandelt. Was passiert da? Welche Folgen hat das für das Leben auf der Erde? Aber meine Generation hat zu wenig Konsequenzen gezogen. Umso mehr kommt es jetzt darauf an: Wir müssen die Jungen unterstützen. Sie haben ja recht: Wir brauchen Systemchange statt Klimachange. Ungebremstes Wachstum geht nicht ökologisch.“

Protest lohnt sich

Foto: Kay Herschelmann

FRAUKE GÜTZKOW

Klimagerechtigkeit hat eine starke Stimme in der GEW. Wir unterstützen Schülerinnen und Schüler, die freitags streiken; wir fördern Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schulen, Kitas und Hochschulen. Und zu Recht war im vergangenen Sommer Klimagerechtigkeit das zentrale Thema auf dem 8. Weltkongress der Bildungsinternationale in Bangkok.

Es steht außer Zweifel: Das Bildungswesen muss sich endlich angemessen um das Thema Klimagerechtigkeit kümmern. Bildung ist ein wirksames Instrument, um das Bewusstsein für die globale Klimakrise zu schärfen und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger heranzuziehen. Im Unterricht, in Projekten, auf Exkursionen – für das Thema nachhaltige Entwicklung gibt es überall Anknüpfungspunkte.

Klar ist auch: Klimaschutz ist keine Frage des Alters. Er geht uns alle an. Und alle können etwas für ihn tun. Gerade die ältere Generation ist gefragt, denn sie weiß, was Protest bedeutet, wie man ihn voranbringt – auch und gerade, wenn es um Umwelt geht. Die Anti-Atomkraft-Bewegung, die Proteste gegen das Waldsterben, die Gründung der Grünen – als die Älteren jung waren, haben sie hier viel bewegt. Heute können sie den Jungen Mut machen: Protest lohnt sich, findet euren Weg! Und sie können das Thema als Großeltern in die Familien tragen – Leute, hört den Jungen zu. Die Entwicklung des Klimas ist entscheidend für unser aller Leben. Im generationenübergreifenden Miteinander bekommt Fridays for Future einen neuen Schub.

Frauke Gützkow
GEW-Vorstandsmitglied, verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

Foto: Anja Dilk

Renate Christians (64),

Omas gegen rechts, medizinische Dokumentarin, Berlin

„Ich fühle mich ein bisschen mitschuldig an dem Klimanotstand. Lange habe ich mir über Konsum keine Gedanken gemacht, er gehörte halt zum Leben dazu. Zu hinterfragen begonnen habe ich erst nach Tschernobyl 1986. Danach war ich in einer Friedensgruppe aktiv, später bei Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit. Nach meiner Rente bin ich nach Berlin gezogen, weil hier mein erstes Enkelkind lebt. Bei einer Demo der Bürgerbewegung Pulse of Europe habe ich die Omas gegen rechts kennengelernt. Seitdem bin ich dabei. Wir sind mehr als 50 aktive Omas in Berlin, die älteste ist etwa 80 Jahre alt, auch ein paar Opas gehören dazu. Zweimal im Monat treffen wir uns, planen zum Beispiel Aktionen für Klimaschutz oder gegen rechts. Einige von uns sitzen bei Fridays for Future mit in den Planungsausschüssen. Heute haben wir Klimapäckchen gepackt, so klein, dass man sie bei der Post aufgeben könnte – symbolisch. Ich finde es wichtig, dass die Jungen sehen: Wir stehen hinter euch.“

Christina Macht (71),

Greenpeace, Mediatorin an einer Grundschule, Passau

„Früher habe ich mich in Mutlangen gegen die Stationierung der Pershing-Raketen an die Gleise gekettet. Seit 15 Jahren engagiere ich mich bei Greenpeace, inzwischen geht es dabei vor allem ums Klima. Wir machen zum Beispiel Gruppenaktionstage an Schulen zu Fleischkonsum oder Tierhaltung – über das Leben eines Hühnchens in einem DIN-A4-Blatt großen Käfig. Es ist doch irre: Wenn wir unseren Lebensstil nicht radikal ändern, gibt es die Erde bald so nicht mehr.

Bei Greenpeace gibt es auch Gruppen für Ältere: Greenpeace 50+. Die meisten sind so um die 70 Jahre. In dem Alter kann man ja nicht mehr so einfach auf Bäume im Hambacher Forst klettern. Dafür können wir Rentner mal eben eine Woche lang in die Lausitz fahren und Leute befragen: Wie findet ihr es, wenn keine Kohle mehr gefördert würde? In der Passauer Gruppe mögen wir es lieber gemischt. Viele Ältere sind protesterfahren und kennen sich politisch besser aus. Die Jungen haben interessante Ideen, zum Beispiel wie man mit Hilfe einer Projektion mit dem Beamer bessere Plakate zeichnen kann.“

Foto: privat

Foto: Thomas Karsten

Konstantin Wecker (72),

Liedermacher, München

„Ich unterstütze Fridays for Future von Herzen, rufe auf meiner Website zum Klimastreik auf, poste Statements gegen rechte Leugner der Klimakatastrophe. Zu meinen Konzerten kommen manchmal junge Aktivisten und Aktivistinnen. Da ist ein neues 68 entstanden. Ich war 1968 mittendrin. Die Konterrevolution konnte damals siegen, weil in den 1970er-Jahren unter uns Linken unglaubliche ideologische Grabenkämpfe geführt wurden. Marxisten, Trotzkisten, DKP und wer weiß noch alles. Alle waren der Meinung, sie allein wüssten, wie die Welt zum Guten zu wenden sei. Es gab lauter -Isten und -Ismen. Der Neoliberalismus – ein besonders starker -Ismus, auch wenn er das Gegenteil behauptet – hat das ausgenutzt. Das darf nicht wieder passieren. 1968 habe ich mich offen zur Anarchie bekannt. Ich glaube, das ist ein gutes Rezept. Anarchisch bleiben. Und vor allem: ungehorsam. Diese ganze Protestbewegung muss eine Bewegung gegen den Kapitalismus sein, weil der Kapitalismus einfach versagt hat.“

Text und Protokolle: Anja Dilk, freie Journalistin

Seniors for Future

Informieren

Klimafakten
Die Website bereitet Fakten zur Klimakrise verständlich auf – gut strukturiert, mit vielen Grafiken und Reports über die Auswirkungen des Klimawandels auf einzelne Wirtschaftsbranchen. Im Fokus steht die Kommunikation der Klimaveränderungen. Deshalb gibt es Tipps für den Talk mit Klimaleugnern. Das Team arbeitet eng mit renommierten Klimaforschern zusammen.
www.klimafakten.de

NASA-Bilder
Die NASA zeigt beeindruckende Satellitenbilder, Grafiken, Karten und Videos vom Klimawandel auf der Erde. Sie dokumentieren schmelzende Gletscher und brennende Wälder. Zudem ermöglicht die Seite eine Zeitreise. In der Time Machine kann man sich die Effekte des Klimawandels auf den Meeresanstieg oder die Erderwärmung anschauen. Die 3-D-App Earth Now überträgt Satellitendaten in Echtzeit.
climate.nasa.gov

Protestplakate
Mit steilen Sprüchen gehen Klimaaktivisten auf die Straße und machen klar: Klimaschutz ist kein Nice-to-Have. Der Bildband „Fridays for Future“ sammelt die kreativsten, witzigsten, stärksten Plakate der Protestbewegung. Inklusive Top-Forderungen, Reden und Links.
Fridays for Future: Könnte – Würde – Hätte. Machen. Jetzt. Delius Klasing Verlag, 2019, 19,90 Euro

Engagieren

Omas gegen rechts
Zivilgesellschaftliche überparteiliche Initiative, 2017 von der Österreicherin Monika Salzer gegründet. Ziele: Erhalt der freien, parlamentarischen Demokratien in einem gemeinsamen Europa, Gleichberechtigung, Klimaschutz, Widerstand gegen Faschismus und Sozialabbau. Weg: Die Stimmen älterer Frauen sichtbar machen. Aber auch Männer sind willkommen. Mehr als 60 Regionalgruppen in Deutschland.
www.omasgegenrechts.de

Greenpeace 50+
Die Umweltschutzorganisation betreibt seit 1994 in mehr als 20 Städten Teams, die sich speziell an ältere Aktivisten richten. Ältere beraten Bürger zu Ökostrom, machen Aktionen an Schulen, betreuen Kampagnen zum Klimaschutz oder entrollen Protestplakate auf einem Berg im Mittelgebirge in der Nähe. Mal als eigenes Team, mal in Kooperation mit den Jüngeren. **bit.ly/2Lo0tL4**

Grandparents for Future
Ist ein Ableger von Parents for Future (PFF), in der sich Erwachsene zusammengeschlossen haben, um Fridays for Future mit Aktionen und Kampagnen zu unterstützen. Die Grandparents sind als eigene Gruppe überregional per WhatsApp organisiert und arbeiten für Aktionen vor Ort mit den PFF-Regionalgruppen zusammen. PFF ist in allen Bundesländern vertreten. Wer will, kann zudem eine eigene Ortsgruppe gründen. **bit.ly/2OPW5Xr**

IMPRESSUM Dialog
Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main,
Telefon 069 78973-0
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow, Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

Was bewegt …

// … Martin Schulte, 75, Realschullehrer Niedersachsen, seit 15 Jahren in Rente //

▶ Wie ich meinen Tag beginne.
Ich bin ein Frühaufsteher. Wenn ich das Pausenklingeln der Schule schräg gegenüber höre, sitze ich bereits am Frühstückstisch und genieße die Tageszeitung, auf Papier und online. Das extralange Frühstück ist zu einem wunderbaren Ritual geworden.

▶ Was mich bildungspolitisch umtreibt.
Ich finde es schwer erträglich, dass Chancengleichheit für alle immer noch nicht realisiert ist. Nach meiner Lehre als Elektromechaniker bin ich selbst auf dem zweiten Bildungsweg zum Studium gekommen. Es war ein guter Weg, die Ausbildung hat den Blick fürs Wesentliche geschärft. Als Lehrer habe ich gesehen, wie unterschiedlich sich Kinder entwickeln, manche sind am Ende der Grundschule noch nicht so weit, sie brauchen mehr Zeit und mehr Freiräume. Warum wurde die Orientierungsstufe in Niedersachsen abgeschafft? Wir brauchen dringend mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem.

▶ Was ich mir vorgenommen habe.
Ich engagiere mich seit Jahren in der örtlichen GEW für Bildungspolitik. Auch die Geselligkeit dort schätze ich sehr. Ansonsten? Reisen, Segeln, Radfahren. Den Nordseeradweg haben wir schon hinter uns. Und, klar, ich bin ständig mit Familie und Enkeln unterwegs. Ich möchte noch lange fit bleiben, um sie zu genießen.

Aufgezeichnet: Anja Dilk, freie Journalistin

„Den Rollback zurückdrängen“

// Gleichstellungspolitik gerät durch Angriffe von rechts unter Druck, braucht den Dialog der Generationen – und einen konsequenteren Einsatz der Bundesregierung. Drei von vielen Erkenntnissen der Fachtagung FrauenStärken 2019. //

Foto: Dagmar Morath

Nach Ansicht von DGB-Bundesfrauensekretärin Anja Weusthoff muss jedes Regierungsvorhaben unter der Geschlechterperspektive überprüft werden: „Was bedeutet dieses Gesetz, dieses Förderprogramm für Männer, was für Frauen?“

Die Frauen in der GEW beobachten bei der Gleichstellung auf beruflicher Ebene Rückschritte. „Es gibt derzeit weniger Frauen in Politik und führenden Positionen“, sagte GEW-Vorstandsmitglied und Frauenpolitikexpertin Frauke Gützkow bei der Fachtagung FrauenStärken 2019 Ende November in Berlin. „Lasst uns gemeinsam einen Rollback in der Gleichberechtigung zurückdrängen und zur Geschlechtergerechtigkeit im Schulbereich beitragen“, appellierte sie an die rund 50 Teilnehmerinnen der zweitägigen Konferenz mit dem Titel „Gleichstellungsrecht – aktuell und herausfordernd“. Die Debatte unter den Gewerkschafterinnen zeigte: Vor allem die etwas Älteren oder bereits Pensionierten fürchten, vor Jahren Erkämpftes wieder zu verlieren. So sei heute oft zu hören: „Gleichstellungsbeauftragte brauchen wir nicht mehr, die jungen Frauen sind voll emanzipiert.“ Berichtet wurde auch: „Ich muss jungen Frauen wieder von Grund auf erklären, warum Gleichstellungsrecht wichtig ist.“ Eine andere Kollegin bilanzierte: „Regierung und Behörden sind teils weiter als die Beschäftigten.“

DGB-Bundesfrauensekretärin Anja Weusthoff lobte zwar die beiden 2011 und 2017 veröffentlichten Gleichstellungsberichte der Bundesregierung*: „80 bis 90 Prozent der Handlungsempfehlungen entsprechen dem, was wir als Gewerkschafterinnen wollen.“ Sie kritisierte jedoch, dass die im Koalitionsvertrag genannte ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie noch längst nicht umgesetzt wurde. Diese sei notwendig, „um Rechtspopulisten die Stirn zu bieten“. Damit spielte Weusthoff auf Angriffe der AfD auf Gleichstellung und Geschlechterforschung an**.

In dieser Strategie muss nach Ansicht des DGB die Verpflichtung verankert sein, jedes Regierungsvorhaben unter der Geschlechterperspektive zu checken: „Was bedeutet dieses Gesetz, dieses Förderprogramm für Männer, was für Frauen?“ Ministerien müssten sich regelmäßig über wissenschaftliche Erkenntnisse austauschen, Bürgerinnen und Bürger stärker und transparenter einbezogen werden.

Mehr Austausch zu Teilzeit

Eng verbunden mit beruflicher Gleichberechtigung ist derweil das Thema Teilzeit. Die Probleme sind seit Jahren bekannt und beispielsweise durch die Arbeitszeitstudie der GEW Niedersachsen*** ausführlich analysiert: Teilzeit bedeutet zwar weniger Pflichtstunden, aber nicht weniger organisatorische und dokumentarische Arbeitszeit – das Ganze bei weniger Geld und einem höheren Altersarmutsrisiko. Außerdem sind es vor allem Frauen, die Stunden reduzieren. Viele GEWlerinnen wünschen sich daher ein stärkeres Engagement ihrer Gewerkschaft bei dem Thema.

Vereinbart wurde unter anderem, sich künftig enger auf Bundes- und Landesebene auszutauschen und gute Beispiele aus der Praxis weiterzugeben – etwa die Dienstvereinbarung zur Teilzeitbeschäftigung an öffentlichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, für die der Lehrerhauptpersonalrat (LHPR) beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur jüngst den Deutschen Personalräte-Preis 2019 in Bronze erhielt**** (s. S. 44).

Auffällig ist nach Worten von GEW-Tarifreferentin Gesa Bruno-Latocha mit Blick auf den Teilzeitbereich: Viele Frauen, die während der Familienphase weniger Stunden arbeiteten, stockten später nicht wieder auf. Ebenso fragten viele Berufseinsteigerinnen und -einsteiger schon kurz nach dem Vorbereitungsdienst, wann und wie viel sie reduzieren könnten. Bei der Fachtagung wurde daher die Forderung formuliert: „Vollzeit muss leistbar sein.“ Eine Möglichkeit sei, die zunehmenden außerunterrichtlichen Aufgaben – von der Organisation von Klassenfahrten bis zum IT-Support – an Nichtpädagoginnen und -pädagogen auszulagern. Bruno-Latocha forderte ferner, das Thema Teilzeit stärker in Verbindung mit dem Fachkräftemangel zu sehen: „Wenn man Lehrerinnen und Lehrer so entlastet, dass sie bereit wären, mehr zu unterrichten, könnte man einen großen Teil des Lehrkräftemangels aus der Welt schaffen.“*****

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***www.gleichstellungsbericht.de**
****www.gew.de/angriffe-auf-gleichstellung**
*****www.gew.de/arbeitszeitstudie**
******www.gew.de/personalrat-bronze-teilzeit**
*******www.gew.de/lehrkraeftemangel**

Vor den Volkskammerwahlen im März 1990 herrschte in der DDR Optimismus, dass das Gesellschaftssystem reformiert und zum Beispiel auch die Schule demokratisch umgebaut werden kann. Nach dem Sieg der „Allianz für Deutschland“ dominierten die konservativen Kräfte. In allen ostdeutschen Bundesländern wurde schließlich das westdeutsche gegliederte Schulsystem durchgesetzt.

Foto: dpa-Report/Ulrich Haessler

Zähes Ringen um Gleichstellung

// Die Wende in der DDR vor mehr als 30 Jahren und der nachfolgende Vereinigungsprozess führten zu tiefgreifenden Veränderungen im Bildungsbereich. Für Lehrkräfte und in der frühkindlichen Bildung Tätige in der DDR bedeutete das schwierige Umbrüche: Entlassung, Herabstufungen, Auseinandersetzung mit einem neuen, dem westdeutschen Bildungssystem. Einschneidend war diese Zeit auch für die GEW; innerhalb weniger Monate wurde der Großteil der Mitglieder der DDR-Bildungsgewerkschaften in die Organisation aufgenommen. E&W sprach mit Thomas Lippmann, damals Lehrer an der Polytechnischen Oberschule (POS) „Karl Marx“ in Wallwitz (Bezirk Halle), später GEW-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt und heute Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im sachsen-anhaltinischen Landtag, über diese Zeit. //

E&W: Sie waren damals als Lehrer im Schuldienst, später auch als Schulleiter tätig. Wie erinnern Sie sich an diese Zeit des Wandels?

Thomas Lippmann: Die Entwicklungen damals waren von einer Mischung aus Hoffnung und Verunsicherung geprägt, auch bei mir. Das gilt vor allem für das erste halbe Jahr zwischen Mauerfall, Wahlen in der DDR und den anschließenden Umbrüchen.

E&W: Welche Veränderungen waren für Sie besonders gravierend?

Lippmann: Vor und noch in der ersten Zeit nach der Volkskammerwahl im März 1990 war vieles ungewiss; ich hatte die Hoffnung, dass man für den Schulbereich aus den positiven wie auch negativen Erfahrungen der DDR lernen, im Osten etwas Eigenes auf die Beine stellen und so die Übernahme des gegliederten Schulsystems aus dem Westen verhindern kann. Diese Hoffnungen hatten viele andere Lehrkräfte auch. Wir wurden allerdings in Sachsen-Anhalt sehr schnell enttäuscht. Am Ende hatte ich als Schulleiter nur noch damit zu tun, das vom Westen übernommene System zu verstehen, umzusetzen und zu versuchen, das Beste daraus zu machen. Das hat viel Zeit und Energie gekostet.

E&W: Also sind Sie gescheitert?

Lippmann: Das würde ich so nicht sagen. Wir haben es immerhin geschafft, dass die Einführung der Hauptschule in den ostdeutschen Ländern nach dem Vorbild des Westens weitestgehend verhindert wurde. Hauptschulen gab es in den ersten Jahren nach 1990 zwar in Mecklenburg-Vorpommern, aber in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen setzte man auf ein zweigliedriges System aus Gymnasium und zusammengeschlossenen Haupt- und Realschulen. Allerdings wurde dieser Teilerfolg dadurch begünstigt, dass in den Bildungs- und Kultusverwaltungen im Osten letztlich die politische Kraft fehlte, dem Osten auch noch die „Hauptschule pur“ überzuhelfen.

E&W: Ein Konflikt ist bis heute geblieben: die Nichtverbeamtung der Lehrkräfte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Erst aufgrund des Personalmangels werden in den ostdeutschen Ländern nach und nach Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet. Wäre es aus gewerkschaftlicher Sicht besser gewesen, schon vor 30 Jahren auf diesen Schritt zu drängen?

Lippmann: Sachsen-Anhalt hat lange Jahre nicht verbeamtet. Ich halte das auch für richtig. Die Position der GEW in Sachsen-Anhalt war da von Anfang an klar: Verbeamtung ist für den Staatshaushalt durch die Pensionszahlungen letztlich die teurere Variante. Lehrkräfte gehören meines Erachtens nicht zur Kernverwaltung eines Staates wie die Polizei. Heute wird bei Neueinstellungen im Schulbereich wieder verbeamtet. Das geschieht aber nicht aus ordnungspolitischen Überlegungen heraus, sondern weil Sachsen-Anhalt im Wettbewerb um Lehrkräfte aus anderen Bundesländern steht. Und dieser Wettbewerb ist letztlich auf ordnungspolitisches Versagen zurückzuführen, nämlich darauf, dass viele Länder in der Vergangenheit zu wenige Lehrkräfte ausgebildet haben und die Kultusministerkonferenz (KMK) die Hinweise der GEW und der Wissenschaft auf steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen ignoriert hat.

E&W: Enttäuschungen mussten nach der Wende auch viele Erzieherinnen im Osten verkraften. 1991 entschied die KMK, die in der DDR erworbenen Berufsausbildungen teilweise nur bedingt anzuerkennen. Auch wenn Erzieherinnen in ihrer vier- bis fünfjährigen Ausbildung am Institut für Lehrerbildung Lehrbefähigungen für Fächer der Unterstufe erworben hatten, durften sie fortan nur noch im Schulhort eingesetzt werden. Erst fast 30 Jahre später – 2018 – kündigte das Bildungsministerium in Thüringen an, die DDR-Lehrbefähigung von Erzieherinnen anzuerkennen und sie im Unterricht an Grundschulen einzusetzen. Wirkt diese Degradierung noch heute nach?

Lippmann: Ja, wenn auch immer weniger. Die Gleichstellung der im Bildungssektor beschäftigten Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten war der Kern meiner fast 20-jährigen Tätigkeit an der Spitze der GEW in Sachsen-Anhalt. Wir haben nicht nur um die Anerkennung der Abschlüsse der Unterstufenlehrkräfte gekämpft, auch die tarifliche Gleichstellung der Ost-Lehrkräfte im TV-L (Tarifvertrag der Länder) war ein zähes Ringen. Sehr negativ in Erinnerung ist mir der, mit Verlaub, unglaublich bornierte Blick vieler politisch Verantwortlicher aus dem Westen auf die Qualität der Lehrkräfteausbildung in der DDR. Der Hinweis, dass in der DDR die Kolleginnen und Kollegen am Institut für Lehrerbildung und nicht an einer Universität ausgebildet wurden, diente in den Verhandlungen immer wieder als Totschlagargument, mit dem die Nicht-Gleichstellung begründet wurde. Zum Glück sind diese Vorurteile in den zurückliegenden Jahren allmählich verschwunden, allerdings nicht immer aus Einsicht, sondern zum einen durch die hartnäckige Politik der GEW und zum anderen begünstigt durch den Personalmangel in den Bildungseinrichtungen.

Foto: privat

Thomas Lippmann (58) war ab 1990 Mitglied im Landesvorstand der GEW Sachsen-Anhalt, die er von 1998 bis 2016 als Vorsitzender führte. Zwischen 1991 und 2016 gehörte er dem Lehrerhauptpersonalrat beim Kultusministerium in Magdeburg an. Seit 2016 ist er Mitglied der Landtagsfraktion der Linkspartei Sachsen-Anhalt, seit 2017 Vorsitzender der Fraktion.

E&W: Der Vereinigungsprozess hat auch die GEW verändert. 1990 gehörten ihr rund 189.000 Mitglieder an, heute sind es fast 100.000 mehr; die Mitglieder der Gewerkschaften der DDR „Unterricht und Erziehung“ (GUE) sowie „Wissenschaft“ (GW) im staatlich gelenkten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) wurden zum großen Teil in die GEW aufgenommen. Gleichzeitig gründeten sich Anfang 1990 in einigen der späteren neuen Bundesländer unabhängige Landesverbände einer GEW (Ost), die sich explizit von den FDGB-Gewerkschaften abgrenzten. Wie haben Sie diese Entwicklung damals wahrgenommen?

Lippmann: Ich war als Mitglied des Zentralvorstandes der GUE, dem ich in der Wendezeit als junger Lehrer angehörte, an den Gesprächen mit der GEW West beteiligt. Klar war schnell, dass eine Fusion und Gründung einer neuen Gewerkschaft nicht in Frage kommt. Ansonsten gab es zwei parallele Entwicklungen: In Sachsen und Thüringen gab es Initiativen zu einer Neugründung einer Bildungsgewerkschaft, in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern herrschte eher die Tendenz vor, dass man mehr oder weniger geschlossen in die GEW eintritt. Beide Strategien – die Aufnahme von GUE- und GW-Mitgliedern in die GEW wie auch die Gründung einer GEW (Ost) waren letztlich erfolgreich, denn sie führten dazu, dass die ostdeutschen Landesverbände der GEW in den zentralen Bereichen komplett von Ostdeutschen aufgebaut wurden. Das wirkt bis heute nach.

Interview: Jürgen Amendt, Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

GEWALT VERHINDERN? DAS GEHT!

Gewaltprävention, Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung als Themen in der Schule

Neue Unterrichtsmaterialien des Zivilen Friedensdienstes

für Berufs- und weiterführende Schulen (Sek I und Sek II)

ONLINE EINSEHEN UND BESTELLEN

www.ziviler-friedensdienst.org/paedagogisches-material

zfd Ziviler Friedensdienst

Ein verlorenes Jahrzehnt

// Deutschland solle „Bildungsrepublik“ werden, jedes Kind unabhängig von seiner Herkunft den Aufstieg schaffen. Das versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder beim Dresdner Bildungsgipfel 2008. Vom Aufbruch ist seither nicht viel zu spüren. //

Der Anspruch hätte höher kaum sein können: Beim Bildungsgipfel 2008 riefen die Ministerpräsidenten der Länder und Kanzlerin Merkel die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Jeder Mensch solle in unsere Gesellschaft integriert werden, betonte die Bundeskanzlerin. Kurzum: Der Sohn einer türkischstämmigen Reinigungskraft sollte die gleichen Bildungschancen haben wie die Tochter eines Professors.

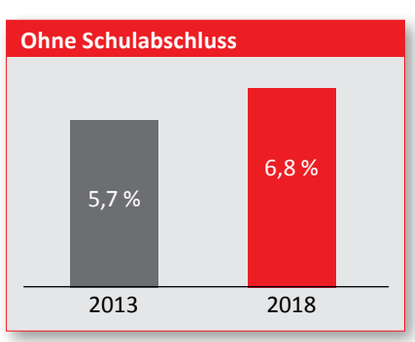
Bund und Länder wollten damit an der Achillesferse des deutschen Bildungssystems ansetzen. In kaum einem anderen Industriestaat hängt der Bildungserfolg der Kinder derart stark von der sozialen Lage ihrer Familien ab, stand schon in der PISA-Studie 2000.

Mehr als zehn Jahre nach dem Dresdner Gipfeltreffen und fast zwei Jahrzehnte nach dem „PISA-Schock“ zeigt sich eine gemischte Bilanz. Zwar haben mehr Jugendliche höhere Schulabschlüsse, mehr Menschen nehmen ein Studium auf oder bilden sich weiter. Auf der anderen Seite bleibt aber ein fester Sockel der Bildungsarmut. Kinder, die aus schwierigen sozialen Verhältnissen oder Einwandererfamilien stammen, haben noch immer schlechtere Bildungschancen. Die „Baustelle Bildungsrepublik“ gleicht dem glücklosen Neubau des Berliner Flughafens BER. Seit mehr als einem Jahrzehnt wird an verschiedenen Stellen fleißig gewerkelt. Eine echte Strategie ist jedoch nicht zu erkennen, die Fortschritte bei der Chancengleichheit sind überschaubar.

Soziale Kluft wird größer

Die soziale Spaltung zeigt sich auch bei den Kompetenzen im Fach Mathematik. Einen permanenten Stillstand verzeichnen die Studien des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, die das Erreichen der zwischen den Bundesländern vereinbarten Bildungsstandards prüfen. Der Vorsprung der sozial besser gestellten Neuntklässler ist zwischen 2012 und 2018 sogar von 79 auf 82 Testpunkte leicht gestiegen. In elf der 16 Bundesländer hat sich die soziale Kluft verfestigt. Die jüngst veröffentlichte PISA-Studie zeigt auch nur unwesentlich bessere Ergebnisse. Der Lernvorsprung von 15-Jährigen aus besser situierten Familien bei der Lesekompetenz ist nur leicht geschrumpft. Geht es grundsätzlich um die Verbesserungen der Kompetenzen, lassen sich kaum Veränderungen nachweisen (s. S. 34 ff.)

An den Grundschulen zeigten sich bei der Kontrolle der Bildungsstandards zwischen 2012 und 2016 beim Zuhören und beim Lesen keine Verbesserungen. Ähnliches gilt für die Neuntklässler: In



den Fächern Mathematik (-1 Punkt), Biologie (-3), Physik (-3) und Chemie (-6) gibt es einen leichten Rückgang der Leistungen. Lediglich beim Lesen (Deutsch) und Leseverstehen (Englisch) sind Fortschritte zu verzeichnen. Dabei gibt es auch hier gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern. Die Hoffnung, dass Bildungsstandards und Vergleichstests zu besseren Leistungen und gleichwertigen Lebensverhältnissen beitragen, hat sich in diesem Jahrzehnt offenkundig nicht erfüllt. Zumindest haben die Länder zu wenige zielführende politische Schlüsse aus den Ergebnissen gezogen.

Die Arbeitslosenquote bei den Ausbildungslosen liegt bei 17,4 Prozent.

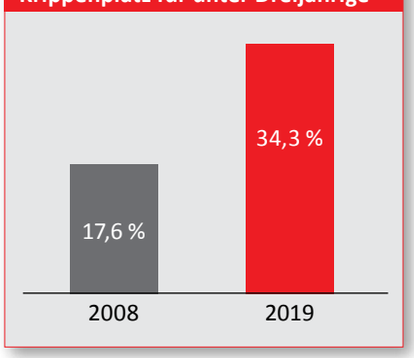
Mehr noch: Die Zahl der jungen Menschen ohne einen Schulabschluss steigt wieder. Seit 2013 ist die Quote der Jugendlichen, die das Schulsystem in Deutschland ohne einen Abschluss verlassen haben, von 5,7 auf 6,8 Prozent (2018) gewachsen.

Wer aber nicht zumindest einen Hauptschulabschluss hat, wird von der Ausbildung faktisch ausgeschlossen. So bleiben 1,48 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren ohne Berufsausbildung. Das sind 15,1 Prozent dieser Altersgruppe. Sie befinden sich auch nicht in einem Freiwilligendienst oder einer Bildungsmaßnahme. Ihnen drohen später Langzeitarbeitslosigkeit und/oder immer wieder kurzfristige Jobs mit schlechter Bezahlung. So lag die Arbeitslosenquote zuletzt im Schnitt bei 5,3 Prozent, bei den Ausbildungslosen hingegen bei 17,4 Prozent.

Fortschritte beim Kita-Ausbau

Die sozialen Spannungen steigen, wenn Betriebe lauthals über einen vermeintlichen Azubi-Mangel klagen, gleichzeitig aber eine hohe Zahl junger Menschen den Schritt von der Schule in die Ausbildung nicht schafft. Die Ausbildungslosigkeit spielt in der bildungspolitischen

Krippenplatz für unter Dreijährige



Diskussion trotzdem nur eine untergeordnete Rolle. Wenn sich aber diese Jugendlichen nicht mehr gesehen fühlen, droht sich die Krise politischer Repräsentanz weiter zuzuspitzen. Unter dem Strich bleibt: In Sachen Chancengleichheit hat das Bildungssystem mindestens ein Jahrzehnt verloren.

Geht es hingegen nicht um sozialen Ausgleich, sondern um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sind Fortschritte zu verzeichnen – so beim Ausbau der Krippenplätze und der schulischen Ganztagsangebote. Dies mag nicht zuletzt daran liegen, dass es an diesem Punkt einen breiten Konsens zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, progressiven und konservativen Parteien gibt.

Immerhin 34,3 Prozent der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, hatten 2019 einen Krippenplatz, im Jahr des Dresdner Bildungsgipfels 2008 waren es lediglich 17,6 Prozent. Hier gab es und gibt es einen gravierenden Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern. Letztlich war der Krippenausbau im vergangenen Jahrzehnt ein „Aufbau West“, da die ostdeutschen Länder schon früher ein wesentlich größeres Angebot hatten.

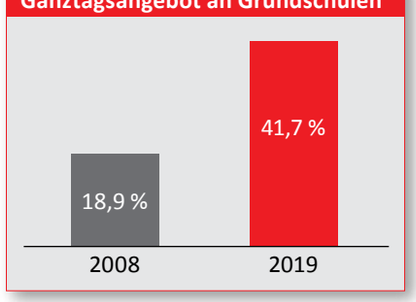
Foto: privat

Matthias Anbuhl

In der Tat gibt es auch beim Ausbau der Ganztagsangebote an Grundschulen deutliche Fortschritte, von einer flächendeckenden Versorgung ist man jedoch weit entfernt. Zurzeit haben 41,7 Prozent der Grundschüler einen solchen Platz, 2008 waren es lediglich 18,9 Prozent. Die regionalen Unterschiede sind auch hier groß: In Hamburg liegt die Quote bei 98,3 Prozent, in Baden-Württemberg bei 17,7 Prozent.

Diese Erfolge stehen zudem auf einem bröckelnden Fundament. Der eklatante Fachkräftemangel droht den Ausbau der Krippen und der Ganztagsangebote an Grundschulen auszubremsen. Bis 2025 fehlen – folgt man der aktuellen Einschätzung der Kultusministerkonferenz (s. S. 4) – an den Grundschulen

Ganztagsangebot an Grundschulen



allein für die Sicherung des Halbtagsbetriebs 14.000 Lehrkräfte. Und der Nationale Bildungsbericht sieht – selbst bei gleichbleibenden Ausbildungszahlen und gleichbleibendem Personalschlüssel – bei den Erzieherinnen und Erziehern eine Deckungslücke von bis zu 66.000 Fachkräften. Bei dringend notwendigen Qualitätsverbesserungen wächst der Bedarf auf 309.000 zusätzliche Fachkräfte.

Fachkräfte fehlen

Es ist zu befürchten, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung an Grundschulen, den die Bundesregierung ab dem Jahr 2025 versprochen hat, nicht zuletzt am Fachkräftemangel scheitern wird. Dem Krippenausbau setzt dieser Mangel ebenfalls enge Grenzen. Obwohl das Platzangebot steigt, stagnieren die Beteiligungsquoten der Kinder. Das hängt auch mit höheren Geburtenraten

Foto: privat

Klaus Klemm

und einem gestiegenen Bedarf der Eltern zusammen. Es fehlt schlicht das Personal, um diese Nachfrage zu bedienen.

Wenig optimistisch stimmt zudem, dass Deutschland – gemessen an seiner Wirtschaftskraft – zuletzt wieder weniger ins Bildungswesen investiert. Lag der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung 2014 noch bei 6,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ist dieser Anteil bis 2017 auf 6,3 Prozent gesunken. Das hat gravierende Folgen: Personalnot in Schulen und an Kitas, mangelnde Ausstattung für inklusives Lernen oder die Integration Geflüchteter – wenn Knappheit herrscht oder ein System nicht funktioniert, trifft es die Gruppe der sozial Benachteiligten am stärksten.

Wer Demokratie stärken und sozialen Ausgleich garantieren will, muss daher einen Bauplan für die Bildungsrepublik entwickeln. Es ist höchste Zeit für eine echte Bildungsstrategie, die mehr Chancengleichheit sichert und für gute und attraktive Arbeit im Bildungswesen sorgt.

Matthias Anbuhl,
Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand
Klaus Klemm,
Professor i. R. für Bildungsforschung und Bildungsplanung, Universität Duisburg-Essen

Anbuhl, Matthias / Klemm, Klaus: Baustelle Bildungsrepublik: Wo bleibt der Aufbruch? – Eine gemischte Bilanz des Stillstands, der Rückschritte und des bröckelnden Fortschritts. Berlin 2019

„Wir brauchen höhere Steuern“

// Mechthild Schrooten, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen, über nicht eingelöste Investitionsversprechen des Staates im Bildungsbereich und Möglichkeiten, trotz einer Nichtverschuldungspolitik hier mehr Geld bereitzustellen. //

E&W: Frau Professor Schrooten, auf dem Bildungsgipfel 2008 haben Bund und Länder versprochen, bis 2015 die Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu steigern, 7 Prozent für Bildung, 3 Prozent für Forschung. Wie sieht es mit diesem Versprechen heute aus?

Mechthild Schrooten: Belastbare Daten gibt es nur bis 2017. Die 3 Prozent für Wissenschaft und Forschung sind erreicht und sogar leicht überschritten worden. Nicht aber die 7 Prozent im Bereich Bildung. Dazu muss man aber auch sagen, dass überhaupt nie die Rede davon war, dass diese 10 Prozent vom Staat bereitgestellt werden. Darin enthalten sind auch die Ausgaben des Privatsektors etwa für Nachhilfe und des Auslands – beispielsweise für Forschungsaufträge an Hochschulen.

E&W: Über welchen Fehlbetrag sprechen wir?

Schrooten: Nimmt man die Differenz zu den 10 Prozent, dann ergibt sich seit 2015 jährlich ein Fehlbetrag in der Größenordnung von etwa 30 Milliarden Euro.

E&W: Welche Rolle spielt dabei die schwarze Null, die der Bundestag 2015 beschlossen hat und die besagt, dass der Staat nicht mehr ausgeben darf als er einnimmt?

Schrooten: Ich würde sagen, durch die schwarze Null wurde es begünstigt, dass man die öffentlichen Bildungsausgaben nicht so weit ausgebaut hat, wie man es hätte machen können. Sie ist zur Zielfunktion dieses Staates geworden und steht wie ein Hegemon über anderen Entscheidungen. Wir erleben eine klare Hierarchisierung der Politikbereiche: Die Finanzpolitik gibt vor, was in anderen Politikbereichen möglich ist.

Die Schuldenbremse ist in großen Teilen der politisch Verantwortlichen zu einem Fetisch geworden. Sie hemmt jedoch notwendige Investitionen in Bildung und Forschung.

Foto: imago images/Imagebroker

E&W: Ist es richtig, dass der Staat in wirtschaftlich guten Zeiten versucht, sich nicht zu verschulden?

Schrooten: Es gibt nichts, das generell in allen Situationen gut ist. Wenn die Schulen bröckeln, wenn es einen Stau bei Investitionen und Innovationen gibt und wenn ganz offensichtlich die Infrastruktur leidet und rückständig ist, dann ist es nicht gut, wenn man nicht investiert. Im finanzmarktorientierten Kapitalismus, in dem wir leben, ist die Kreditaufnahme für Zukunftsprojekte eigentlich üblich. Die Politik hat sich jedoch eine Bremse auferlegt.

E&W: Ist das Abrücken von der schwarzen Null der einzige Weg, um die nötigen Finanzierungen von Wissenschaft und Bildung zu stemmen?

Schrooten: Nein. Tatsächlich ist ja auf Bundesebene in den vergangenen Jahren ein Überschuss erzielt worden. Man hätte wenigstens diesen Überschuss in Bildung investieren können. Oder in andere notleidende Bereiche. Bezüglich der Bildungsfinanzierung ist es so, dass Bund und Länder 2008 eine Absichtserklärung abgegeben haben und keine verbindliche Ausgabenzusage. Das macht es relativ leicht, die Zielgröße von 10 Prozent des BIPs zu unterschreiten.

E&W: Wie kann es sein, dass Bildung immer als elementare Säule unserer Gesellschaft beschrieben wird, aber letztlich zu wenig finanziell passiert?

Schrooten: Das betrifft ja nicht nur die Bildung. Ganz viele Bereiche in Deutschland sind unterfinanziert. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsproblem. Es passiert immer dann nichts, wenn es nicht verbindlich geregelt ist. Sobald etwas Gesetzeskraft hat, sobald es in der Verfassung steht wie die Schuldenbremse, passiert auch etwas.

E&W: Gewerkschaften und Industrie drängen die Bundesregierung zu einer schuldenfinanzierten Investitionsoffensive, die auch der Bildung zugutekommen soll. Das Geld soll über einen neu zu schaffenden Investitionsfonds verteilt werden, um so die im Grund-

Foto: Rainer Sievert

gesetz verankerte Schuldenbremse zu umgehen. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Schrooten: Mit Blick auf die Bildungsfinanzierung sind die Länder entscheidende Spieler. Die Schuldenbremse gibt es seit 2016 auf Bundesebene, sie kommt erst 2020 auch auf Länderebene. Klar ist, dass mehr Geld in Bildung gesteckt werden muss. Der vorgeschlagene Investitionsfonds ist kein Königsweg. Auf dem Kapitalmarkt sind Kapitalkosten zu zahlen. So werden die Kredite und damit die notwendigen Investitionen teurer.

Mechthild Schrooten ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen. Sie leitet dort den Internationalen Studiengang Global Management (Bachelor) und den Master of Global Management (MBA). Sie ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memogruppe“).

E&W: Was würden Sie empfehlen?

Schrooten: Man kann Bildung auch finanzieren bei einer schwarzen Null oder einer Schuldenbremse, indem man einfach die Steuern anhebt. Die Schuldenbremse ist letztendlich eine Nettokreditaufnahmebremse. Und wenn man keine Nettokredite mehr aufnehmen kann und andere Verfassungsaufträge hat, die wir ja nun einmal nach dem Grundgesetz haben, dann ist denkbar, dass man seine Einnahmen steigert. Sprich, wir brauchen höhere Steuern. Und da würde sich aus meiner Sicht auch eine Vermögensteuer anbieten.

E&W: Für wie realistisch halten Sie es, dass die Politik Ihrem Vorschlag folgt?

Schrooten: Das Unattraktivste, was es für Politik gibt, sind Steuererhöhungen. Aber ich halte das für eine wesentlich transparentere und ehrlichere Maßnahme als irgendwelche Umgehungsstrategien.

Interview: Michael Stahl,
freier Journalist

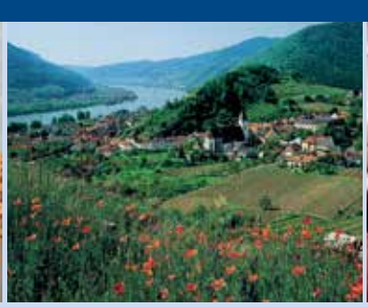
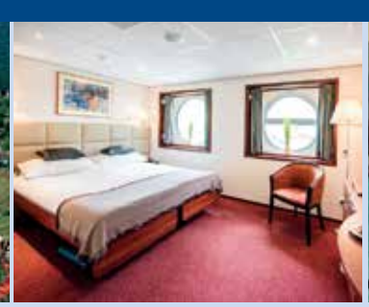
STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Stimmungsvolle Donaukreuzfahrt

Passau – Wachau – Budapest – Bratislava – Wien – Melk – Passau

8-tägige Flusskreuzfahrt

ab € 965,-
p. P. in der DK
EK-Zuschlag ab € 384,- p. P.

Unternehmen Sie eine stimmungsvolle Donaukreuzfahrt mit dem 4-Sterne Schiff MS AMADEUS CLASSIC. An Bord herrscht eine sportlich-elegante und legere Atmosphäre. Auch für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt. In Passau heißt es „Leinen los!“. Auf dem Weg Richtung Budapest erleben Sie die romantische Landschaft der Wachau mit ihren sagenumwobenen Burgen und von Weinbergen umgebenen Städtchen. Auch Esztergom, Bratislava und Wien stehen auf dem Programm.

Das beinhaltet unsere Reise

- Schifffahrt auf der MS Amadeus Classic****
- Unterbringung in der gebuchten Kabinenkategorie mit DU/WC
- Volle Verpflegung mit täglich 3 Mahlzeiten (Abendessen 1. Tag bis Frühstück 8. Tag)
- Kaffee oder Tee nach Mittag- und Abendessen
- Begrüßungsgetränk
- Gala-Dinner
- Täglich Kaffee/Tee und Gebäck am Nachmittag (je nach Tagesprogramm)
- Täglich Mitternachtssnack
- Deutsch sprechende Bordreiseleitung
- Teilnahme am Bordunterhaltungsprogramm
- Freie Nutzung der Bordeinrichtungen
- Gepäckbeförderung Schiffsanlegestelle - Schiffskabine und zurück
- Ungarische Folkloreshow an Bord und anschließende Schiffsrundfahrt "Budapest bei Nacht"

Termine

- 14.06.20-21.06.20
- 19.07.20-26.07.20
- 26.07.20-02.08.20
- 02.08.20-09.08.20
- 09.08.20-16.08.20
- 16.08.20-23.08.20
- 06.09.20-13.09.20

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Leicht über Mittelmaß

// Die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind ernüchternd. Nachdem das deutsche Schulsystem bei den vorangegangenen Vergleichstests etwas besser als nach dem PISA-Schock 2001 abgeschnitten hat, fällt es wieder zurück. Besonders gravierend: Der Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg hat hierzulande wieder zugenommen. //

Andreas Schleicher, seit 20 Jahren Leiter der PISA-Studien, ist geübt, auf geschickte Fragen geschickt zu antworten. Als er schon vorab etwas zum PISA-Trend preisgeben sollte, konterte er vielsagend: Wer Bildungssysteme beobachte, den würden auch die diesjährigen Ergebnisse nicht überraschen. Was damit gemeint war, servierte OECD-Vizegeneralsekretär Ludger Schuknecht der deutschen Öffentlichkeit am 3. Dezember: Zwar liegen die Kompetenzen der hiesigen Schülerinnen und Schüler anders als 2001 knapp über dem Durchschnitt der Industriestaaten. Zur Spitze, an der Metropolregionen in China sowie Singapur stehen, hat Deutschland mit 498 Punkten allerdings bis zu 60 Punkte Abstand, das sind nach früheren OECD-Angaben fast zwei Lernjahre. Will man sich mit den dortigen Bildungssystemen nicht identifizieren, gilt: Auch Kanada, Estland und Finnland schneiden mit bis zu 25 Punkten Vorsprung klar besser ab. Zudem liegt Deutschlands bessere Platzierung daran, dass der OECD-Durchschnitt sinkt: von einst 500 auf nun 487 Punkte; vor 20 Jahren hätte Deutschland mit seinem heutigen Ergebnis noch knapp darunter gelegen. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) zeigte sich bei der Vorstellung der Ergebnisse alles andere als zufrieden: „Leicht über Mittelmaß kann für ein Land ohne Rohstoffe nicht der Maßstab sein."

Erlahmender Reformeifer

Das gilt insbesondere, weil sich die Fähigkeiten der 15-Jährigen verschlechtert haben. In den zwei zurückliegenden PISA-Zyklen sei die Leistung „tatsächlich zurückgegangen", erklärte Schuknecht. Beim Leseverständnis, dem Schwerpunkt der inzwischen siebten PISA-Studie 2018, ist der Rückgang nicht belastbar, in Mathematik und Naturwissenschaften jedoch signifikant. Der OECD-Vizegeneralsekretär konstatierte einen Zusammenhang mit erlahmendem Reformeifer. Die Zeit, in der „Bildung mit Nachdruck vorangetrieben" worden sei, sei vorbei, es herrsche Stillstand.

Foto: mauritius images/Westend61/Larissa Veronesi

PISA misst Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern. Im Vergleich zu den Vorgängerstudien hat sich Deutschland wieder verschlechtert: Nur 10 Prozent der 15-Jährigen können anhand von Quellenangaben und Inhalt zwischen Fakten und Meinung unterscheiden. Auch lesen immer weniger Jugendliche zum Vergnügen, sondern oft nur, wenn sie Informationen benötigen.

Aus Sicht der Pädagoginnen und Pädagogen könnte eine andere Erkenntnis einschlägig sein: Schulleitungen in Deutschland klagen „deutlich häufiger über eine mangelnde Ausstattung mit Personal und Sachmitteln (...) als ihre Kolleginnen und Kollegen im OECD-Schnitt“. Und dies, das mag im Schleicherschen Sinne ebenfalls nicht überraschen, wirft ein taghelles Licht auf die deutsche Achillesferse: Schulen, die als sozioökonomisch benachteiligt gelten, geben doppelt so häufig an, der Lehrkräftemangel wirke sich negativ aus als bessergestellte (70 gegenüber 34 Prozent). Zugleich steigt der Anteil von – häufig sozioökonomisch benachteiligten – Jugendlichen mit Migrationserfahrung: „Deren Integration in das Bildungssystem ist eine große Herausforderung“, so die OECD.

Gutes deutsches Schulklima

Die Folge: Die Schere zwischen stärkeren und schwächeren Schülerinnen und Schülern geht immer weiter auf: Auf der einen Seite steigt die Zahl der Jugendlichen mit Spitzenleistungen, im Lesen etwa auf 11 Prozent. Auf der anderen Seite bekommen 21 Prozent in der Schule nur so wenig mit, dass sie nicht selbstständig weiterlernen und somit auch kaum erfolgreich in einen Beruf kommen können. Diese 21 Prozent, bei den Jungen sogar 25 Prozent, sind die sogenannte Risikogruppe; zwischen 2000 und 2009 war dieser Wert von 24 auf 18,5 Prozent gesunken. Was das Lesen angeht, heißt das: Mehr als jeder Fünfte kann den Sinn von Texten kaum erfassen und reflektieren.

Dieser Negativtrend wirkt gleich zweifach selektiv: entlang der Chancen qua Elternhaus – und entlang der Trennung in einem mehrgliedrigen Schulsystem. Am Gymnasium zeigt sich weiterhin ein leichter Positivtrend; andere Schulen schicken Jugendliche mit zunehmend schlechten Lebenschancen auf den Weg: In nicht gymnasialen Schulen stieg der Anteil der Leseschwachen allein zwischen 2015 und 2018 von 21 auf 29 Prozent. Herkunftsmäßig hat das privilegierteste Viertel gegenüber dem benachteiligten einen Lese-Vorsprung von 113 Punkten, also drei bis vier Lernjahren. Im OECD-Schnitt ist dieser Unterschied mit 89 Punkten deutlich kleiner. Dass Chancengerechtigkeit und Exzellenz Hand in Hand gehen können, zeigen in Deutschlands näherer Umgebung Dänemark, Estland, Finnland, Norwegen und das Vereinigte Königreich.

Insgesamt zeigt PISA aber: Auch einige Erfolgsländer haben sich verschlechtert, darunter das Vorzeigeland Finnland und die sich in den 2000er-Jahren schnell verbessernden Niederlande. Insgesamt wurden die Kompetenzen von rund 600.000 15-Jährigen in 79 Ländern untersucht. In Deutschland nahmen 5.451 Schülerinnen und Schüler aller Schularten teil. Voraussetzungen für die Wertung waren sechs Jahre formaler Bildung und eins im jeweiligen Schulsystem.

Die zweistündigen Schülertests – auch Lehrkräfte und Eltern wurden befragt – fanden am Computer statt. Dazu passend wurde auch die digitale Lesekompetenz untersucht; unter anderem mussten Informationen aus sich widersprechenden Quellen zusammengetragen und beurteilt werden. Dabei zeigte sich ein weiteres beunruhigendes Ergebnis: Nur einer von zehn 15-Jährigen in Deutschland kann anhand von Quellenangaben und Inhalt zwischen Fakten und Meinung unterscheiden. Und: Immer weniger Jugendliche lesen zum Vergnügen, immer mehr nur, wenn sie Informationen benötigen – die sie dann, siehe oben, allerdings oft nicht zuverlässig bewerten können.

Darauf, dass in Deutschland nicht alles schlecht ist, macht PISA allerdings auch aufmerksam: So ist das Schulklima weniger als im OECD-Schnitt auf Konkurrenz ausgerichtet; außerdem glauben mit drei von vier Schülerinnen und Schülern überdurchschnittlich viele, dass ihre Lehrkräfte gern unterrichten. Jugendliche in Deutschland hätten „recht wenig Angst vor Schule“, sagte Schuknecht. Auch den Glauben an ihre Zukunft haben sie offensichtlich keineswegs verloren: 74 Prozent gehen davon aus, dass sich ihre Intelligenz und Fähigkeit positiv entwickeln können.* Dieser Glaube mache Schülerinnen und Schüler „proaktiver und selbstbewusst“, so Schuknecht. Auch Aufgaben meisterten sie dadurch besser.

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***bit.ly/pisa-studie-2018-englisch**
s. GEW-Kommentar auf Seite 36
OECD: www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie
TU München: www.pisa.tum.de/pisa-2018

Was ist PISA?

PISA steht für Programme for International Student Assessment. Seit 2000 erhebt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) alle drei Jahre, über welche Kompetenzen Schülerinnen und Schüler verfügen, die „für eine volle gesellschaftliche Teilhabe unerlässlich sind“. Getestet werden die Lesekompetenz und die Bereiche Mathematik sowie Naturwissenschaften. Bei jeder Erhebung bildet ein Bereich einen Schwerpunkt – das heißt, diese Kompetenzen werden besonders umfangreich und mit besonders vielen Fragen geprüft. Die aktuelle Erhebung ist die größte, die es bisher gegeben hat. An der Aussagekraft der Studie sowie der Vergleichbarkeit der Ergebnisse gab es von Anfang an Kritik. Bemängelt wird zum Beispiel die Reduzierung der gemessenen Kompetenzen auf die Bereiche Lesen, Naturwissenschaften und Mathematik. Auch das Ranking, in dem die teilnehmenden Länder abgebildet werden, steht immer wieder in der Kritik. So meinte der Erziehungswissenschaftler Heinz Brügelmann nach der Veröffentlichung der aktuellen Studie: „Minimale Abstände in den Punkten können mehrere Plätze rauf oder runter ausmachen.“ Kritisch bewertet wird zudem, dass wirtschaftlich besonders leistungsfähige und wohlhabende Regionen wie die chinesischen Provinzen Zhejiang und Jiangsu sowie die Städte Shanghai und Peking oder der südostasiatische Stadtstaat Singapur mit Flächenstaaten mit einer heterogenen Sozialstruktur verglichen werden. jam

Foto: Kay Herschelmann

ILKA HOFFMANN

Same procedure as every year

Schon die ersten PISA-Studien vor fast 20 Jahren bescheinigten Deutschland, Kinder und Jugendliche aus armen Familien strukturell zu benachteiligen. Andreas Schleicher, der Direktor der Bildungsabteilung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), empfahl daraufhin, die frühe Aufteilung auf verschiedene Schulformen zu überdenken. Seitdem sind tatsächlich mehr integrative Schulformen entstanden. Dies war aber keine Lehre aus den PISA-Studien, sondern hatte in erster Linie demografische Gründe. Auch waren die Reformen der Schulstruktur genauso halbherzig wie die Umsetzung inklusiver Bildung. Im Wesentlichen herrscht Stillstand auf dem Feld der Strukturreform. Es wird von politischer Seite gern auf die „Durchlässigkeit“ des Systems verwiesen. Leider ist das System meist nach unten hin durchlässig. Abstiege sind eher die Regel als Aufstiege.

„Bildungsbenachteiligung“ war und ist indes kein vorrangiges Thema der Bildungspolitik. Es wird auf das internationale Ranking geschaut. Das Absinken der „Elite“ macht mehr Sorgen als die Tatsache, dass fast ein Viertel der jungen Menschen abgehängt wird, die Integration von jungen Migrantinnen und Migranten nur unzureichend gelingt und die männlichen Jugendlichen sich eher verschlechtern als verbessern. Diese Probleme werden zwar ab und an in Sonntagsreden genannt, angegangen werden sie kaum. Das Einzige, was PISA hierzulande bewirkt hat, ist die Outputsteuerung und eine kritiklose Testgläubigkeit. Ein wirksames, gut ausgestattetes Bund-Länder-Programm zur Abmilderung von Bundesbenachteiligungen lässt weiterhin auf sich warten.

Politik, und das gilt leider auch für die Bildungspolitik, wird von der urbanen Mittelschicht für die urbane Mittelschicht gemacht. Alle, die nicht dazugehören, können allenfalls auf Mitleid oder die Attestierung eines besonderen Förderbedarfs hoffen. Die Gefahren, die von einem ungerechten Bildungssystem und mangelnder gesellschaftlicher Teilhabe ausgehen, werden unterschätzt.

Menschen, die spüren, dass Politik sie nicht im Blick hat und deren Stimme nicht gehört wird, identifizieren sich nicht mit dieser Gesellschaft. Sie ziehen sich zurück oder werden eine leichte Beute für extremistische Gruppierungen. Demokratie lebt aber davon, dass alle Menschen als gleichwertig angesehen werden und Bildung versucht, allen die volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Hieran muss sich die Qualität eines Bildungssystems messen lassen.

Und genau hier werden auch die Widersprüche der PISA-Studien deutlich. Die soziale Benachteiligung wird zwar benannt, das Bild aber, das von den „guten Lernenden“ entworfen wird, ist das von jungen Menschen, die gesellschaftlich angepasst und gut zu testen sind. Dies führt dazu, dass Länder wie China und Korea, in denen es wenig persönliche Entfaltungsmöglichkeiten für Schulkinder gibt, als vorbildlich gelten.

Für die GEW heißt das: Den Befund, dass die Bildungsbenachteiligungen in Deutschland fortbestehen, müssen wir ernst nehmen. Unser Bildungsbegriff ist aber ein anderer als der der OECD. Wir gehen von den Rechten jedes einzelnen Menschen und seinen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe aus. Wir werden weiterhin den Finger in die Wunde legen und ein demokratisches Schulsystem für alle fordern.

Schule muss alle Menschen stärken und niemanden ausgrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir ein integriertes Schulsystem und eine Lehrerinnen- und Lehrerbildung, die das Thema gesellschaftliche Benachteiligung im Blick behält. Wir bleiben dran!

Ilka Hoffmann,
GEW-Vorstandsmitglied Schule

Zu hohe Erwartungen

// Mit der Einführung von Ganztagsschulen ist auch die Hoffnung auf mehr Chancengleichheit verbunden gewesen. Über die Entwicklung des Vorhabens haben Expertinnen und Experten in Frankfurt am Main diskutiert. Zu der Podiumsdiskussion hatten die Frankfurter Rundschau (FR) und die GEW eingeladen. //

Vor fast 20 Jahren wurde in Deutschland erstmalig über die Einführung von Ganztagsschulen gesprochen. Wie hat sich das Vorhaben seitdem entwickelt? Darüber diskutierten GEW-Vorstandsmitglied Schule, Ilka Hoffmann, Bildungsforscher Klaus Klemm und der Ministerialdirigent des hessischen Kultusministeriums Wolf Schwarz (CDU).

Tatsächlich sei schon der Begriff der Ganztagsschule nicht klar definiert, stellte FR-Moderator Andreas Schwarzkopf gleich zu Beginn der Runde fest. Offene Ganztagsschulen bieten neben einem Mittagessen auch ein freiwilliges nachmittägliches Angebot, das je nach Schule sowohl aus Unterricht als auch aus Betreuungsangeboten in AGs bestehen kann. In einer gebundenen Ganztagsschule muss der Nachmittag hingegen aus mehr Bildungsangeboten bestehen, die laut Hoffmann idealerweise mit dem Vormittag im Einklang stehen. Unterricht und Entspannungsphasen lägen dabei über den Tag verteilt. „Ich würde immer zwischen Bildung und Betreuung unterscheiden“, betonte die Gewerkschafterin. Das Konzept eines „rhythmisierten Schultags“ mit ausgeglichenem Angebot an Vor- und Nachmittag sei in den Schulen noch nicht angekommen.

Auch Bildungsforscher Klemm äußerte sich kritisch zum Status quo. Aktuell seien 44 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Ganztagsangeboten untergebracht. Das werde als Unterricht oder Betreuung von mindestens sieben Stunden an drei Tagen pro Woche definiert. „Hinter den 44 Prozent verbirgt sich wenig von dem, was wir mit Ganztagsschulen gemeint haben“, mahnte er. Zum Großteil handele es sich dabei schlicht um eine Betreuung, die nichts mit Förderung zu tun habe. Daher blieben auch die erhofften Auswirkungen auf die Chancengleichheit aus.

Diese gehört zu den großen Vorhaben der Ganztagsschulidee. Das Projekt sei nach dem „PISA-Schock“ im Jahr 2000 angestoßen worden, erzählte Schwarz. Damals hatten die Leistungen deutscher Schulen im internationalen Vergleich weit zurückgelegen. Die Ganztagsschule sollte die Unterschiede korrigieren und für mehr soziale Gleichheit sorgen. „Die Erwartungen an die Ganztagsschule sind zu hoch“, warnte Schwarz daher. Auch Hoffmann und Klemm waren sich einig, dass diese gesellschaftliche Verantwortung nicht allein durch Schulen getragen werden könne. Vor allem nicht ohne angemessenes pädagogisches Personal.

Mangel an Quereinsteigern

Damit stand auch der Fachkräftemangel wieder im Zentrum der Debatte. Vor allem bei der Wirksamkeit von Quereinsteigern als Überbrückung äußerte Hoffmann Skepsis. Schulen könnten durchaus von ihnen profitieren, sofern sie sich für deren Kompetenzen öffnen würden. Es müsse aber auch attraktive Angebote geben, um die Leute zu halten, zum Beispiel der Erwerb des Lehramts. Klemm gab zu bedenken, dass selbst der Markt für Quereinsteiger mittlerweile leergefegt sei. Um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, habe das Land Hessen einige Programme für Quereinsteiger auf den Weg gebracht, verkündete Schwarz. Gleichzeitig müsse man die Studienplätze für Lehrämter an den Universitäten ausbauen.

„Warum hat man damit nicht schon vor zehn Jahren angefangen?“, fragte Hoffmann. Man hätte schon früher für bessere Rahmenbedingungen an Schulen sorgen müssen, um für Lehrkräfte attraktiv zu bleiben. Auch im Publikum äußerten einige Lehrerinnen und Lehrer, viele davon gewerkschaftlich organisiert, ihren Missmut über die aktuellen Verhältnisse: belastende Klassengrößen, schlechte Bedingungen für Quereinsteiger, zudem artikulierten sie Kritik an den pädagogischen Grundlagen der heutigen Ganztagsmodelle.

Die Kritik galt vor allem Schwarz, der auf die zahlreichen Veränderungen verwies, die es im Schulwesen seit seiner Zeit als Lehrer gegeben habe. Er hielt aber auch daran fest, nicht ein Modell der Ganztagsschule als „das richtige“ zu verordnen. Dafür gebe es schlicht zu viele unterschiedliche Forderungen von Eltern, Lehrkräften und Schulträgern.

Valérie Eiseler,
Frankfurter Rundschau

FR-Printausgabe vom 8. November 2019
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt.

Foto: imago images/JOKER

44 Prozent der Schülerinnen und Schüler lernen mittlerweile an Schulen mit Ganztagsangeboten. Doch ein Großteil der Schulen bietet lediglich ein Mittagessen mit Betreuung am Nachmittag an. Das, so mahnen Bildungsforscher, habe nichts mit Förderung zu tun.

Foto: imago images/PEMAX

Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ förderte die damalige rot-grüne Bundesregierung ab 2003 den Aus- und Aufbau von Ganztagsschulen in Deutschland. Bis 2009 hat der Bund dafür vier Milliarden Euro ausgegeben. Anstoß für das Programm war nicht zuletzt das schlechte Abschneiden des deutschen Schulsystems bei der ersten PISA-Studie 2001. Begleitet wurde dieser Aufbau mit einer Werbekampagne – die auch dringend notwendig war, denn vor allem in den unionsgeführten Bundesländern gab es anfangs großen Widerstand gegen die Ganztagsschule.

Ein „echter Mehrwert“

// Am 1. Januar 2025 soll ein Rechtsanspruch auf den Besuch einer Ganztagsgrundschule eingeführt werden. Wie sich der Ganztag bisher bewährt, wird seit 2005 umfangreich wissenschaftlich begleitet.* //

Fünf Jahre noch, dann sollen Kinder von Flensburg bis Garmisch ein Recht darauf haben, in der Grundschule ganztags unterrichtet und betreut zu werden. Damit das gelingen kann, beschloss das Bundeskabinett im November ein Zwei-Milliarden-Euro-Sondervermögen, das Kommunen bei der Schaffung von Infrastruktur unterstützen soll. Es brauche „qualitativ hochwertige Angebote“, die eine „individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ermöglichen“, erklärte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) bei der Vorstellung des Programms. Der Ganztag müsse einen „echten Mehrwert“ haben.

Wer wissen wollte, wie es mehr als 16 Jahre nach Verabschiedung des ersten, vier Milliarden Euro schweren Bundesprogramms um die Ganztagsschule bestellt ist, erfuhr das wenige Tage vor dem Kabinettsbeschluss bei einer ausgebuchten Tagung in Berlin. Dort zogen Forscherinnen und Forscher Bilanz, die seit 2005 im Auftrag des Bundesbildungsministeriums an der Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG)** beteiligt waren. Prof. Eckhard Klieme, von Beginn an einer der Sprecher des Forschungsverbundes, sprach ebenfalls von „Mehrwert“ – und ergänzte, ob es den gäbe, käme darauf an, „wie der Ganztag konkret vor Ort gemacht wird“. Im Kern habe sich bewahrheitet, was er schon 2003 in einem ersten Gutachten festhielt, resümierte der Leiter des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF): Eine „bloße Ausweitung des zeitlichen Rahmens“ werde „wohl keine oder nur geringe Auswirkungen auf den Leistungsstand“ haben.

Bildungserfolg und Herkunft

Tatsächlich haben die StEG-Forschenden in einer Reihe von Teilstudien Belege dafür gefunden, dass eine Ganztagsschule an sich weder zu besseren Leistungen führt noch imstande ist, den notorisch engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen zu entkoppeln. Damit das geschieht, braucht es ein komplexes „Wenn-Dann-Modell“, das Prof. Ludwig Stecher von der Universität Gießen so beschrieb: Wenn es, in einer motivierenden und aktivierenden Atmosphäre, bei hoher pädagogischer Qualität, ziel- und kompetenzorientierte Angebote gibt, welche die Schülerinnen und Schüler außerhalb der regulären Unterrichtszeit und in hoher Dosis dauerhaft wahrnehmen – (nur) dann kommt es zu messbaren Leistungszuwächsen.

Was den Zusammenhang zwischen Herkunft und Chancen angeht, dessen Verkleinerung häufig im Zentrum bildungspolitischer Ganztagshoffnungen steht, hat sich gezeigt: Messbar verringert hat sich dieser lediglich in zwei kleinen Teilbereichen: bei der Mathekompetenz in gebundenen Ganztagsschulen und mit Blick auf die Lesekompetenz von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, wenn diese regelmäßig an Leseförderung teilnehmen. Es gebe „Spuren, keine flächendeckenden Befunde“, konstatierte Prof. Ivo Züchner von der Philipps-Universität Marburg; eine „grundlegende Veränderung der Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft“ sei bisher nicht messbar. Stattdessen gebe es Anzeichen dafür, dass die Teilnahme an Ganztagsangeboten vor allem Kinder aus Familien mit höherem Bildungsniveau anspricht. Letzteres habe unter anderem damit zu tun, dass Ganztagsschulplätze teils noch an die Berufstätigkeit beider Elternteile geknüpft seien – was in Akademikerfamilien besonders häufig vorkommt. Zumindest an Letzterem könnte der für 2025 angekündigte Rechtsanspruch etwas ändern, bis zu dessen Umsetzung allerdings noch schwierige Verhandlungen zwischen Bund und Ländern anstehen.

Um den Ganztag ausgleichender zu gestalten, brauche es zudem pädagogische Konzepte, gab Züchner zu bedenken: „Man müsste sich fragen: Was will ich, was brauche ich dazu, wie will ich das machen?“ Gebraucht werden nicht zuletzt Fachkräfte, die dafür ausgebildet sind, Konzepte im Miteinander der verschiedenen Berufsgruppen zu entwickeln. Die StEG-Forschenden fanden jedoch an 44 Prozent der Ganztagsschulen auch Personal ohne jede pädagogische Ausbildung. Diese Zahlen stammen zwar aus StEG I 2005 – es gebe aber keinen Grund anzunehmen, dass sich daran etwas geändert hätte, sagte Stecher. Auch jüngere StEG-Erkenntnisse weisen darauf hin, dass es an aktivierenden Methoden mangelt und die Angebote im und außerhalb des Unterrichts wenig miteinander verbunden sind, am wenigsten am Gymnasium. Stecher: „Gibt es so etwas wie eine außerunterrichtliche Didaktik – oder entstehen hier zwei getrennte Sphären?“

Zufriedene Eltern

Auf illustre Weise bejaht wurde Letzteres in einem Workshop, in dem von einer Schule berichtet wurde, die zwecks besserer Kooperation zwischen Lehrkräften und anderem pädagogischen Personal ein Mitteilungsbuch erstellte – und dieses dann in dem nachmittags abgeschlossenen Lehrerzimmer auslegte.

Bewährt sich die allerorten gewünschte, viel gepriesene und nun zum zweiten Mal durch Bundesmittel unterstützte Ganztagsschule also gar nicht? Doch: „Das Unterfangen war jede Anstrengung wert“, so Klieme. Zu den größten – messbaren – Erfolgen gehören die Zufriedenheit der Eltern, die sich spürbar entlastet fühlen, sowie ein „dickes Plus“ (Stecher) beim sozialen Lernen. Letzteres gebe es vor allem dann, wenn Schülerinnen und Schüler an Angeboten teilnehmen, die „Autonomie- und Kompetenzhandeln“ unterstützen. Weiterer Vorteil der Ganztagsschulen: Wer eine besucht, dem fällt der Übertritt auf eine weiterführende Schule subjektiv häufiger leichter als Halbtagsschülern.

Nicht anschließen wollen sich die StEG-Forschenden übrigens dem häufigen Plädoyer für gebundene Ganztagsschulen, also für solche, die von allen auch ganztags besucht werden müssen, um eine bessere Rhythmisierung von Unterricht und anderem zu erreichen. Klare Belege dafür, dass diese zu besseren Ergebnissen kämen, gebe es nicht, so Züchner.

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

*** s. E&W Schwerpunktheft „Ganztag“, 1/2018**
****www.projekt-steg.de**

LEIPZIGER MESSE

Lesen, Lernen, Leipzig

Über 1000 spannende Workshops, anerkannte Fortbildungen, Lesungen für große und kleine Kids und 600 Aussteller: Wir heißen Sie herzlich willkommen zur größten Leseförderungs- und Medienbildungsmesse im deutschsprachigen Raum: *Fokus Bildung auf der Leipziger Buchmesse.*

www.leipziger-buchmesse.de/fokusbildung

#Weltentdecker
Leseförderung auf der Leipziger Buchmesse

Leipziger Buchmesse

Fokus Bildung
12.–15. März 2020

Aufgeschoben, nicht

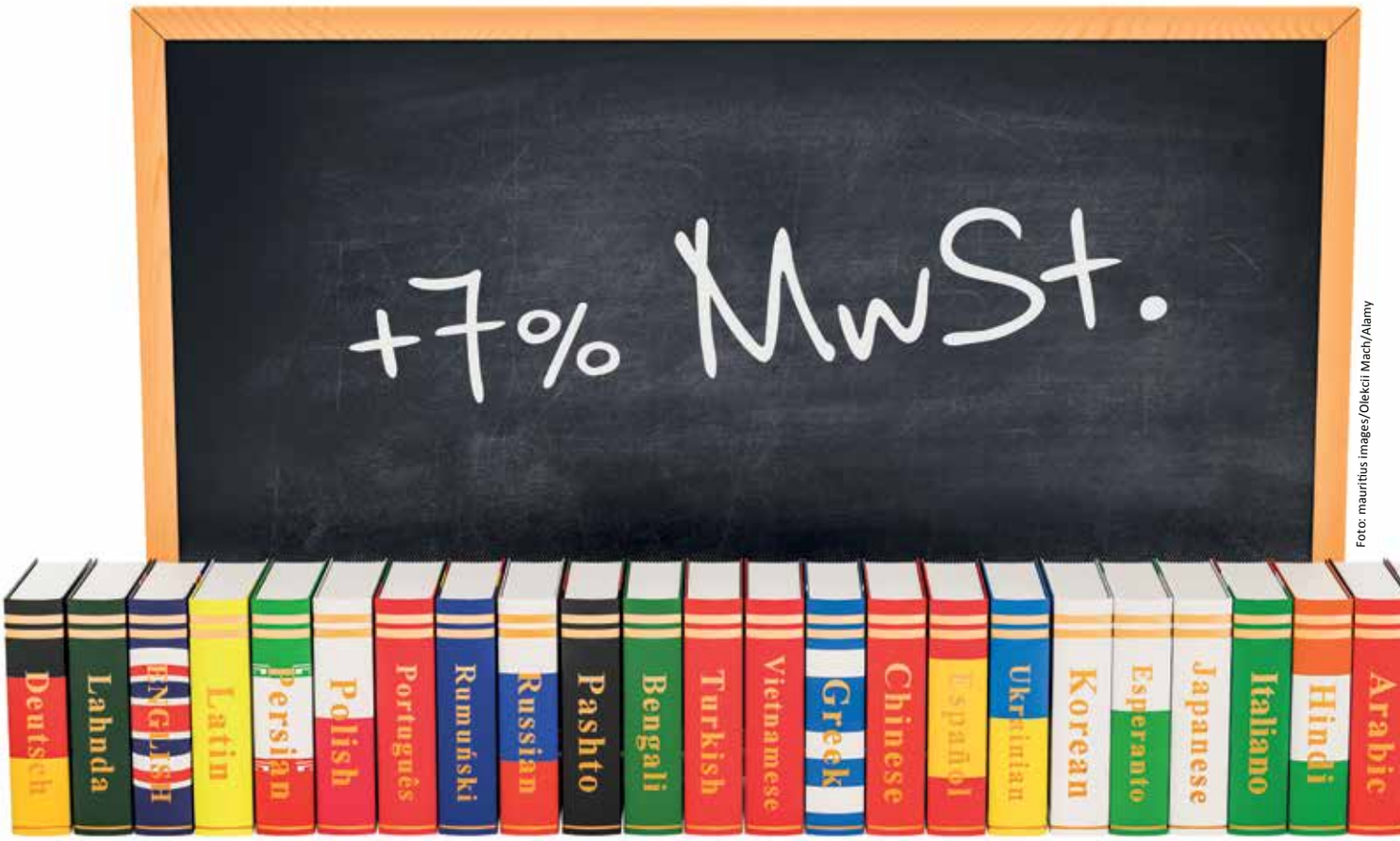


Foto: mauritius images/Olekcii Mach/Alamy

In welchen Fällen dient ein Sprachkurs der beruflichen Fortbildung und in welchen handelt es sich dabei um reine Freizeitgestaltung? Die Abgrenzung ist schwierig. Die Bundesregierung wollte Bildungsangebote nur noch dann von der Umsatzsteuer befreien, wenn diese einen beruflichen Bezug haben.

// Bei der Besteuerung von Weiterbildungsangeboten bleibt vorerst alles beim Alten. Im Jahressteuergesetz taucht eine geplante Änderung der Bundesregierung nicht mehr auf. Doch das Thema ist damit noch nicht vom Tisch. //

Für Volkshochschulen und andere Weiterbildungsträger ist das vergangene Jahr doch noch versöhnlich zu Ende gegangen. Im Herbst sah das anders aus. Da wurde öffentlich bekannt, dass die Bundesregierung in ihrem Jahressteuergesetzentwurf auch Änderungen an der Besteuerung von Bildungsangeboten vornehmen wollte. Die Begründung aus Berlin: Man müsse die entsprechende Mehrwertsteuersystemrichtlinie (MwStSystRL) der Europäischen Union (EU) umsetzen, konkret Artikel 132 Absatz 1 Buchstabe i.

Bei Bildungsträgern schrillten daraufhin die Alarmglocken. Denn mit dem neu formulierten Paragrafen 4 Umsatzsteuergesetz (UStG) befürchteten die Organisationen, dass künftig Bildungsangebote nur noch dann von der Umsatzsteuer befreit sind, wenn diese einen beruflichen Bezug haben. Einige Bildungsträger kritisierten, dass in der Neuformulierung der Passus gestrichen wurde, nach dem Kurse und andere „Veranstaltungen wissenschaftlicher oder belehrender Art“ steuerbefreit sind. Das führt in der Praxis bislang dazu, dass auch bei Angeboten, die keinen direkten beruflichen Bezug haben, die Umsatzsteuer entfällt, sofern diese nicht der reinen Freizeitgestaltung dienen. Am Ende konnten die Weiterbildungsanbieter jedoch aufatmen: Im Gesetzesbeschluss des Bundestags, den der Bundesrat angenommen hat, fehlten die Änderungen.

Erfolgreicher Widerstand

Dass erstmal alles beim Alten bleibt, führt GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger auch auf die Widerstände gegen den Entwurf zurück. Zahlreiche Bildungsträger und Gewerkschaften brachten ihre Bedenken vor. Sie warn-

aufgehoben

ten unter anderem davor, dass steigende Kurskosten durch eine Besteuerung vor allem bildungsferne und einkommensschwache Gruppen träfen und es diesen so zusätzlich erschwert würde, ihre Lebenschancen zu verbessern. In einer gemeinsamen Stellungnahme argumentierten der Deutsche Volkshochschul-Verband, die evangelische und katholische Erwachsenenbildung sowie weitere Organisationen außerdem, dass Deutschland gerade „in Zeiten wachsender Skepsis gegenüber der Demokratie, von Vorbehalten gegenüber dem Rechtsstaat, von wachsenden Komplexitäten und der neuen Rolle der sozialen Medien für den öffentlichen Meinungsbildungsprozess“ einfache Bildungszugänge statt neuer Bildungsbarrieren benötige. In einem Brief an Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sprach sich auch der GEW-Vorstand gegen eine Besteuerung aus.

Der Widerstand scheint zwar gewirkt zu haben. Doch mit dem Rückzieher der Großen Koalition ist das Thema nicht erledigt. Nachdem man sich dort nicht auf eine weit gefasste Definition steuerfreier Bildungsleistungen einigen konnte, soll dieser Themenkomplex nun in einem „zeitnah“ stattfindenden Gesetzgebungsverfahren vor dem Hintergrund des EU-Rechts behandelt werden, heißt es bei der SPD. Auf Anfrage von E&W teilte das Bundesministerium für Bildung und Forschung Ende Oktober mit, dass man in engem Austausch mit dem Bundesfinanzministerium stehe und sich einig darüber sei, „dass es durch eine Neuregelung zu keinen Einschränkungen für den Bereich der Erwachsenen-, Familien- und Jugendbildung sowie für die Bereiche der sozialgesellschaftlichen und allgemeinen Weiterbildung kommen darf“.

Es ist nicht das erste Mal, dass in einem Jahressteuergesetz auch Änderungen am Paragrafen 4 UStG geplant waren. Auch für 2013 sei das der Fall gewesen, sagt Steuerexperte Professor Bert Kaminski von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, der seinerzeit in diesem Zusammenhang ein Gutachten für den Verband Deutscher Zeitschriftenverleger erstellt hat. Die Pläne seien damals aber ebenfalls verworfen worden.

Kein Handlungsbedarf

Wenn das Thema nun wie angekündigt erneut verhandelt werden soll, erhoffen sich Gewerkschaften und Weiterbildungsträger neben dem Erhalt des Status quo auch mehr Klarheit und damit Rechtssicherheit. „Wenn man sich die EU-Richtlinie anschaut, bekommt man schon den Eindruck, dass nur das umsatzsteuerfrei sein soll, was einer mehr oder weniger engen beruflichen Verwertbarkeit zuführbar ist“, sagt Raoul Didier vom DGB, einer der Sachverständigen für das aktuelle Jahressteuergesetz. Ihm zufolge könne man trefflich darüber streiten, in welchen Fällen ein Kursangebot der beruflichen Fortbildung diene und in welchen es sich um reine Freizeitgestaltung handele. Ein angehender Taxifahrer etwa besucht die Fahrschule – anders als Privatpersonen – aus beruflichen Gründen. Gleichzeitig verdient nicht jeder, der einen Bus-Führerschein macht, damit später sein Geld.

Dazwischen liegt laut Didier ein Graubereich aus gesellschaftspolitischen Fortbildungsangeboten, die weder per se der reinen Freizeitgestaltung noch der beruflichen Bildung zugeordnet werden könnten. Hier bedürfe es Klarheit. Andernfalls müssten die Finanzgerichte im Zweifel entscheiden, ob Kurse steuerpflichtig sind oder nicht. „Das wäre eine sehr unglückliche Situation“, sagt Didier.

Steuerexperte Kaminski sieht derweil keinen Handlungsbedarf. „Es ist europarechtlich nicht zwingend, eine Änderung vorzunehmen.“ Ihm zufolge müsste man das Gesetz dann anpassen, wenn Deutschland vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) dazu gezwungen würde. Das sei jedoch nicht der Fall.

„Es ist bislang nicht festgestellt worden, dass das deutsche Recht, so wie es jetzt ist, gegen europäisches Recht verstößt.“ Solange das so sei, „gibt es keine Notwendigkeit, etwas zu verändern“.

Neben der mitunter schwierigen Abgrenzung von Bildungsangeboten sieht Kaminski ein weiteres Problem: Umsatzsteuer-Änderungen hätten immer auch Auswirkungen auf die Vergangenheit. „Das würde für bis zu zehn Jahre Vorsteuerkorrekturen auslösen.“ Er hält es auch deshalb für sinnvoll, weitere Urteile des EuGH abzuwarten, um dann zu entscheiden, ob Anpassungsbedarf bestehe. „Ohne Not sollte man keine Veränderungen vornehmen.“ Die eleganteste Lösung wäre für ihn, den Wortlaut der MwStSystRL einfach zu übernehmen. „Dann hätte man praktisch einen dynamischen Verweis auf das europäische Recht.“ Und irgendwann seien auch alle Zweifelsfälle durch Urteile geklärt.

Michael Stahl,
freier Journalist

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins ********** effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Die Mittel des Digitalpakts sind nur für die technische Ausstattung gedacht, die Kosten für Wartung, Support und Fortbildung der Lehrkräfte sind darin nicht eingerechnet. Das stellt die Schulen in Sachsen vor große Probleme.

Foto: imago images/Christian Ohde

Ein bürokratisches Monster

// Die Umsetzung des Digitalpakts kommt nur langsam voran. Am schnellsten war Sachsen. //

Jahrelang wurde diskutiert und verhandelt, bis der Digitalpakt Schule im Mai 2019 endlich in Kraft treten konnte. Doch die Umsetzung des Förderpakets, mit dem laut Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) „gute digitale Bildung unter pädagogischen Gesichtspunkten in den Schulen“ verwirklicht werden soll, läuft bislang nur schleppend. Ein halbes Jahr nach dem Start war von den 5,5 Milliarden Euro an Fördergeldern erst eine halbe Million abgerufen, ergab eine Umfrage der Nachrichtenagentur dpa in allen 16 Bundesländern. Nur in drei von ihnen – Bremen, Hamburg, Sachsen – war demnach bislang Geld geflossen.

Besonders schnell war Sachsen. Noch im Mai hatte der Freistaat seine Förderrichtlinie zur Umsetzung des Digitalpakts aufgelegt. Bereits seit Juni können Schulträger Mittel beantragen. Die Antragsphase läuft ein Jahr lang. Bis November wurden 13 Anträge mit einer Fördersumme von 5,5 Millionen Euro genehmigt, geflossen sind 140.000 Euro. Weitere 15 Anträge lagen vor. Insgesamt stehen Sachsen 250 Millionen Euro bis 2024 zur Verfügung. 25 Millionen davon steuern das Land Sachsen und die Kommunen bei. Auch bei Freien Schulen gibt es eine Beteiligung.

Dass die Gelder bislang nur langsam fließen, liegt auch an dem Antragsverfahren. „Das ist ein bürokratisches Monster“, sagt Jens Risse, stellvertretender Vorsitzender der GEW Sachsen. Die Schulträger, die die Mittel bei der Sächsischen Aufbaubank beantragen, müssen einen Medienentwicklungsplan erarbeiten; die Schulen, die die Mittel erhalten sollen, müssen ein Medienbildungskonzept vorlegen. Zwar hat das sächsische Kultusministerium dazu eine „Orientierungshilfe“ sowie detaillierte Empfehlungen veröffentlicht. Auch ein „unkompliziertes und schnelles Förderverfahren“ wurde zugesagt.

Dennoch sind die Anträge aufwändig. „Da wird viel Arbeit erzeugt und Arbeitszeit verbrannt“, sagt Risse. Für das erforderliche pädagogische Konzept hätten viele Lehrkräfte mit großem Aufwand Tabellen erstellt, in welchen Fächern welche digitalen Medien in welcher Form eingesetzt werden sollen. Dabei würden die eingereichten Unterlagen nur abgeheftet, sagt Risse. „Die finanzverwaltende Stelle – also die Aufbaubank – prüft ja nicht den Inhalt der Konzepte, sondern nur, ob alles vollständig ist.“ Mittlerweile habe das Ministerium aber eine Vereinfachung zugesagt.

Auch einen Fortbildungsplan für Lehrkräfte sollen die Schulen vorlegen. Hier sieht Risse ein weiteres Problem. „Der Fortbildungsbedarf ist immens“, sagt er. „Wir brauchen eine Qualifizierungswelle.“ Die Mittel des Digitalpakts können dafür aber nicht eingesetzt werden. Sie sind nur für technische Geräte wie interaktive Tafeln, Displays, Laptops oder Tablets gedacht sowie für die digitale Infrastruktur wie Server, Verkabelung und WLAN-Netzwerke.

Zweiter Digitalpakt notwendig

Dasselbe gilt für Wartung und Support. „Das ist im Pakt nicht eingerechnet“, sagt Berufsschullehrer Carsten Müller, der ehrenamtlich das Referat Schulische Bildung beim GEW-Landesverband Sachsen leitet. „Ich bekomme ein Problem, wenn ich die Geräte nur hinstelle und keiner sich kümmert.“ Müller fürchtet, dass die zusätzliche Arbeit an den PITKOs hängen bleiben wird, den Pädagogischen IT-Koordinatoren. Diese sind zumeist Informatiklehrer und müssen schon heute immer wieder einspringen, wenn Geräte zu reparieren sind, obwohl das gar nicht ihre Aufgabe ist. „Eigentlich“, sagt Müller, „müsste man einen zweiten Digitalpakt auflegen.“ Die jetzt vereinbarte Förderung sei „schon ein großer Schritt“, aber doch nur „eine Minimallösung“. Zudem könne die Digitalisierung der Schulen zu einer „Entgrenzung der Arbeitszeiten“ führen.

Dazu kommt: Für das Jahr 2024, wenn der Digitalpakt endet, ist in Sachsen eine „komplett neue Generation von Lehrplänen angekündigt, in denen auch die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen wird“, sagt Risse. „Die jetzt angeschaffte Technik könnte dann schon veraltet sein.“

Verena Kern,
stellvertretende Chefredakteurin des Online-Magazins klimareporter°

„Immer ist etwas kaputt“

// Personalmangel, Investitionsstau: Die Probleme, mit denen viele Schulen zu kämpfen haben, machen auch vor der beruflichen Bildung nicht halt. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe hat sich jetzt in Bremen einen Eindruck verschafft. //

Eine Schule, die allgemeine und berufliche Bildung an einem Standort vereint – es ist ein öffentlich eher unbekanntes Modell, das sich Tepe im Rahmen ihrer bundesweiten Tour „GEW in Bildung unterwegs“* am Schulzentrum Rübekamp in Bremen angesehen hat. Aber eines, das gut funktioniert. Gymnasiale Oberstufe sowie berufsbildende Schulen für das Nahrungsgewerbe in Teilzeit und Vollzeit unter einem Dach: „Aus meiner Sicht ist das ein absolutes Erfolgsmodell“, machte Schulleiter Börje Horn beim Besuch der GEW-Vorsitzenden deutlich. „Auf dem Schulhof kommen klassische Abiturienten mit klassischen Azubis zusammen, und auch zwischen den Kolleginnen und Kollegen gibt es viele Gespräche.“ Und doch wurde in der Pausenkonferenz, in der Tepe das Kollegium nach aktuellen Sorgen und Nöten befragte, klar: Trotz der vergleichsweise komfortablen Gesamtsituation bleibt auch das Schulzentrum Rübekamp nicht von den Herausforderungen verschont, vor denen derzeit das gesamte Bildungssystem steht. Zu große Lerngruppen, zu wenig sozialpädagogische und psychologische Fachkräfte, zu wenig multiprofessionelle Teams – dabei hätten gerade Schulen in prekär geprägten Stadtteilen wie hier besonders viel personelle Unterstützung nötig, hieß es. „Die Schülerinnen und Schüler brauchen persönliche Ansprache bei Problemen, die oft im außerschulischen Bereich liegen, sich aber in der Schule auswirken“, brachte es eine Kollegin auf den Punkt. Ein weiteres Problem ist die Ausstattung. In den Werkstätten sei immer irgendetwas kaputt, vernünftiger Unterricht manchmal kaum möglich. Und die versprochenen Mittel aus dem Digitalpakt reichten gerade einmal aus, um das Schulzentrum flächendeckend mit WLAN zu versorgen. „Wir setzen uns deshalb weiter dafür ein, dass die Gelder aufgestockt werden und dauerhaft fließen“, sagte Tepe.

Im Rahmen einer Umfrage der IG Metall Bremen hatten sich Auszubildende der Hansestadt unter anderem dazu geäußert, wie sie den Berufsschulunterricht, die Ausstattung, die Räumlichkeiten und die Vernetzung der Schulen mit den Betrieben wahrnehmen. Das Ergebnis: Die Berufsschulen seien von den Qualitätsstandards heutiger Ausbildungsberufe abgehängt, was sich vor allem an den drei Handlungsschwerpunkten Kommunikation (zu wenig Austausch), Ausstattung (nicht zeitgemäß) und Lehrkräfte (Personalmangel) identifizieren lasse.

Foto: Anne-Katrin Wehrmann

Am Schulzentrum Rübekamp in Bremen befinden sich eine gymnasiale Oberstufe und eine berufsbildende Schule unter einem Dach, kommen klassische Abiturienten und klassische Azubis auf dem Schulhof zusammen. Ein Erfolgsmodell, das aber mit Problemen zu kämpfen hat.

Bessere Ausstattung nötig

In der Diskussion wurde deutlich, dass es bisher nicht nur an zukunftsfähigen Konzepten für den Fortgang der Berufsbildung mangelt, sondern auch an einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema. Bernd Winkelmann, im November noch Vorstandssprecher des GEW-Landesverbands Bremen, forderte: „Wir müssen wieder über Bildung diskutieren. Wir müssen von der kompetenz- und standardorientierten Diskussion wegkommen und die Inhalte in den Mittelpunkt stellen.“ Das Schulzentrum Rübekamp sei ein gutes Beispiel, wie es funktionieren könne: „Die Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung entspricht unserem Menschenbild“, so Winkelmann. „Die Berufsschüler sollen für den Beruf fit gemacht werden, sich aber auch in ihrer Persönlichkeit entfalten und hinsichtlich der demokratischen Entwicklung der Gesellschaft mitbestimmen können.“

Diesen Gedanken nahm auch Tepe mit auf den Weg. „Das Modell bietet Chancen für junge Leute mit verschiedenen Leistungsniveaus, sich kennenzulernen und voneinander zu profitieren. Das ist gut so“, sagte die GEW-Vorsitzende. Auch hier sei allerdings nicht zu übersehen, dass an von Armut geprägten Standorten nach wie vor auch die Bildungsarmut eine große Herausforderung sei. Tepe: „Die Kolleginnen und Kollegen an diesen Schulen brauchen eine wesentlich bessere Ausstattung, um auch diese jungen Menschen mit besseren Chancen auf den Weg bringen zu können.“

Anne-Katrin Wehrmann,
freie Journalistin

***www.gew.de/weiter-denken/tour**

Einsatz für Teilzeit ausgezeichnet

// Der Deutsche Personalräte-Preis in Bronze geht in diesem Jahr an den Lehrerhauptpersonalrat in Mecklenburg-Vorpommern. //

Da war die Freude groß in der GEW-Fraktion des Lehrerhauptpersonalrates. Der Preis wird im Büro von Kerstin Morawetz einen Ehrenplatz bekommen. Die Personalratsvorsitzende ist Mitglied im GEW-Landesvorstand und nahm den Preis am 19. November gemeinsam mit ihrem Kollegen Thomas Pohl im Rahmen des Schöneberger Forums in Berlin entgegen. „Wir haben uns das erste Mal getraut, einen unserer Arbeitserfolge für einen Wettbewerb einzureichen und waren schon über die Nominierung sehr froh."

Mit der Dienstvereinbarung zur Teilzeit für Lehrkräfte und Erzieherinnen im Schuldienst des Landes galt es, ein dickes Brett zu bohren. Ende 2014 lief eine Vereinbarung aus dem sogenannten Lehrerpersonalkonzept aus. Das sicherte in den 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre zahlreiche Arbeitsplätze, indem die Lehrkräfte solidarisch in Teilzeit arbeiteten. Vor fünf Jahren dann wollten viele aus unterschiedlichen Gründen weiterhin in Teilzeit tätig sein. Als einen der Hauptgründe nennt die Personalrätin die hohe Arbeitsbelastung.

Während das Bildungsministerium lieber die allgemeinen Gesetzesgrundlagen genutzt hätte, drängte der Lehrerhauptpersonalrat auf den Abschluss einer Dienstvereinbarung: „Weder im Teilzeit- und Befristungsgesetz, noch im Landesbeamtengesetz oder im Tarifvertrag der Länder wird die besondere Situation an den Schulen ausreichend berücksichtigt", erklärt Morawetz. Im Sommer 2017 lag dann die Vereinbarung endlich vor, die der Lehrerhauptpersonalrat mit dem Dienstherrn geschlossen hatte. Tatsächlich umgesetzt wird sie seit dem Schuljahr 2018/19. „Besonders wird unsere Dienstvereinbarung vor allem auch dadurch, dass sie es den Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern ermöglicht, einen dienstfreien Tag in der Woche zu haben. An diesem müssen zum Beispiel Lehrkräfte nicht nur keinen Unterricht erteilen, sondern brauchen auch nicht an Schulkonferenzen und anderen Veranstaltungen teilzunehmen. Schulorganisatorisch ist das nicht immer leicht zu planen, das wissen wir. Dennoch trägt diese Maßnahme dazu bei, dass wir berufserfahrene Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher in den Schulen halten."

Foto: Simone M. Neumann

Kerstin Morawetz (Mitte) nahm den Personalräte-Preis zusammen mit ihrem Kollegen Thomas Pohl (li.) aus den Händen der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Elke Hannack entgegen.

Regelung gilt für alle

Das ist auch bitter nötig. Rund 8.700 Lehrkräfte gehen bis 2030 in Altersrente. Allerdings haben in den vergangenen Jahren nur 10 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer bis zum Erreichen der Altersgrenze gearbeitet. Der Mangel könnte sich also schneller noch mehr verschärfen als prognostiziert. Aus eigener Kraft kann das Land die Lücke nicht schließen. Ein Viertel der Referendariatsplätze konnte in den vergangenen Jahren regelmäßig nicht besetzt werden. Mit 372 Referendarinnen und Referendaren im Jahr 2019 und 322 im Jahr zuvor ist man außerdem weit vom realen Einstellungsbedarf entfernt. Der liegt schon heute jährlich zwischen 700 und 800 Lehrkräften. Unter anderem aus diesem Grund wollte der Lehrerhauptpersonalrat auch Referendarinnen und Referendaren die Möglichkeit eröffnen, ihre Ausbildung in Teilzeit zu absolvieren. „Das war uns wichtig", sagt Morawetz und ergänzt: „Zunächst sollte die Regelung nur für bestimmte Ausnahmefälle greifen. Mittlerweile haben wir erreicht, dass sie für jede und jeden zugänglich ist. Es wird immer der Einzelfall geprüft."

Abgelehnt werden Teilzeitanträge zurzeit nicht, erklärt die Gewerkschafterin. Und sie sagt auch, dass die Hürden für eine Ablehnung hoch sind. Nachdem die Dienstvereinbarung zur Teilzeit vorliegt, geht es jetzt darum, ihre Umsetzung zu evaluieren. Die Ergebnisse dafür stehen noch aus. Der Personalräte-Preis in Bronze ist für die GEW-Fraktion Bestätigung und Motivation: „Natürlich haben wir diese Vereinbarung im Lehrerhauptpersonalrat gemeinsam erkämpft. Unbestritten jedoch ist, dass die Anregung dafür aus unserer GEW kam."

Bewerbungen für den Personalräte-Preis 2020 sind schon jetzt unter www.bund-verlag.de/personalrat möglich. Einsendeschluss ist der 31. Mai.

Michaela Skott,
freie Journalistin

www.bund-verlag.de/personalrat/deutscher-personalraete-preis

Störanfällig

(E&W 11/2019, Seite 16 f.: „Hast du Töne?“)

Schulen beklagen den Mangel an Lehrkräften für das Fach Musik. Als Grund werden in dem Artikel die hohen Zugangshürden zu Beginn des Studiums genannt. Es gibt aber auch noch weitere Gründe:

Musik gilt als störanfälliges Unterrichtsfach! Eine hohe Lautstärke ist allein durch den Umgang mit dem Fachgegenstand gegeben. Für die Schüler hat Musik einen hohen Aufforderungscharakter. Es muss immer wieder aufs Neue vermittelt werden, dass Musizieren viel mit Zuhören und Stille zu tun hat. Disziplinprobleme treten häufiger als in anderen Fächern auf. Ein Störer beeinträchtigt schnell die ganze Klasse, eine ganze Klasse kommt nach dem Singen nicht zur Ruhe. Eine hohe Interaktionsfrequenz der Lehrkraft ist erforderlich.

Der Raumwechsel vom Klassen- zum Fachraum begünstigt die Unruhe. Eine neue Sitzordnung, mitunter muss Mobiliar zu Beginn verrückt werden, weil der Raum von mehreren Gruppen genutzt wird. Instrumente können durch die Stundenplantaktung selten vorher aufgebaut oder später abgebaut werden.

Große Klassen mit bis zu 25 Kindern sind für einen handlungsorientierten Musikunterricht eine große Herausforderung. Der Schüler-Lehrkräfte-Kontakt beschränkt sich auf maximal zwei Stunden pro Woche. Eine emotionale Bindung, die besonders in der Grundschule Basis für gelingendes Lernen ist, kann nur schwer aufgebaut werden. Dabei geht es hier um Emotionen! Schüler hören in ihrer Freizeit Musik und vergleichen ihren privaten Hörkonsum mit dem Unterricht, dieser wird am eigenen Umgang mit Musik gemessen. Musikunterricht soll immer Spaß machen und wird zudem als unwichtiges Nebenfach angesehen. Für die Lehrkraft ist das Fach ebenso emotional. Sie hat das Fach meist aus Leidenschaft zur Musik gewählt und möchte die Begeisterung weitergeben. Trifft sie auf die Realität, bleiben oft nur Frustration und Resignation.

Fachkräfte stehen an Schulen meist allein da, ihnen fehlt der fachliche Austausch. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit mit den Klassenlehrkräften notwendig. Die geschieht oft in den Pausen.

Die Kultusminister betonen immer wieder, wie wichtig musische Bildung ist. Dass diese aber für Lehramtsstudierende unter diesen Rahmenbedingungen kein Wunschfach wird, ist für mich allzu verständlich.

Katrin Dapper-Helmerding, Bremen

Einzelfälle nicht allgemeingültig

(E&W 11/2019, Seite 38 f.: „Abstimmung mit den Füßen“)

Ihr Interview mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Barbara Ludwig, regt mich zu einer Stellungnahme an. Es ist das gute Recht eines jeden, sich über

>>>

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Baltikum

Baltische Hauptstädte und die Kurische Nehrung

8-tägige Flugreise

DURCHFÜHRUNGS-GARANTIE AB 2 PERSONEN

ab € 1.325,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 275,- p. P.

Unsere Rundreise führt Sie zu den schönsten Orten der baltischen Staaten. Die drei Hauptstädte Vilnius, Riga und Tallinn zeugen mit ihren prachtvollen Gebäuden verschiedenster Epochen von der Schönheit der Vergangenheit und zählen heute zum UNESCO-Weltkulturerbe. Aber Litauen, Lettland und Estland haben weit mehr zu bieten. Sie besuchen die imposante gotische Wasserburg von Trakai, die Kurische Nehrung (UNESCO-Weltkulturerbe) und den Nationalpark Gauja.

Das beinhaltet unsere Reise

- Flug mit Air Baltic vom gewählten Flughafen inklusive Steuern und Gebühren
- 7 Übernachtungen in 4-Sterne-Hotels (außer in Nida, dort 3-Sterne-Hotel)
- Halbpension
- Reiseleitung (2. - 7. Tag, bis 7 Personen Guide-Driver)
- deutschsprachige Führungen gemäß Programm inkl. Eintritt für Thomas-Mann-Haus Nida, Bischofsburg Turaida in Sigulda
- Fährüberfahrt zum Nationalpark Kurische Nehrung inkl. Naturschutzgebühr

Termine

- 22.05.-29.05.2020
- 05.06.-12.06.2020
- 19.06.-26.06.2020
- 03.07.-10.07.2020
- 17.07.-24.07.2020
- 31.07.-07.08.2020
- 14.08.-21.08.2020
- 11.09.-18.09.2020

Abflughäfen

- TXL
- FRA
- HAM
- MUC
- DUS + 50,- €
- HAJ + 125,- €
- STR + 125,- €

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

>>>

seine Befindlichkeiten, seine Empfindungen und seine Erlebnisse zu äußern. Aber Journalisten dürfen und sollten die eine oder andere Aussage auch kritisch hinterfragen. Die Schule in der DDR hatte ihre Probleme, das soll nicht kleingeredet werden. Aber, wenn Ludwig behauptet, dass die Schülerinnen und Schüler zu geschlossenen Frage-Antwort-Schemata, bei denen die Kinder nur mit Ja oder Nein antworten konnten, erzogen wurden, dann frage ich mich, in welchem Land ich 40 Jahre gearbeitet habe. Solche Erziehungsmethoden sind mir von 1967 bis zu meinem Ausscheiden aus dem Dienst 2007 nicht begegnet, und die mir bekannten Lehrerinnen und Lehrer haben das auch nicht erlebt. Aber ich erlebe immer wieder ehemalige Schülerinnen und Schüler, die das Gespräch mit mir suchen, sich gerne an die Schulzeit erinnern, weil ihnen Achtung und Wertschätzung entgegengebracht wurden. Und nicht wenige von ihnen meinen, schade, dass meine Kinder nicht die gleichen Erfahrungen machen können. Die Schule der DDR hatte einige Probleme, aber dass zu allem nur ja oder nein gesagt werden durfte, gehört wohl nicht dazu. Aber vielleicht war ja sogar das Nein verboten, da man in der DDR sowieso nur zustimmen durfte? Wann hören wir endlich auf mit den Klischees, wann hören wir endlich auf, persönlich im Einzelfall Erlebtes für allgemeingültig zu erklären – z. B. das im Interview erwähnte Schlangestehen in einer Reihe vor der Toilette. Ich habe 1988 in einem Hamburger Gymnasium hospitiert, da saßen die Schülerinnen und Schüler mit dicken Jacken im Unterricht, um sich vor der Kälte zu schützen: Die Fenster waren so undicht, dass sie keinen Schutz boten. Ich wäre nie auf die Idee gekommen, das als Fehler im Schulsystem zu bewerten. Schade, jetzt, nachdem ich das Interview gelesen habe, weiß ich: Damit kann man durchaus punkten.

Ich wünschte mir von meiner GEW nun langsam ein objektiveres Bild von der Schule und dem Leben in der DDR. Dass das immer noch schwierig ist, weiß ich aus meiner ehrenamtlichen Tätigkeit in mehreren Gremien der GEW auf Landes- und Bundesebene bis zu meinem Ausscheiden 2013. Aber, was man nicht konsequent anpackt, wird nicht konsequent zu Ende geführt.

Horst Reukauf, Eisenhüttenstadt

Aus der Seele gesprochen

(E&W 10/2019, Seite 46, Leserforum: „Schamloser Affront?“)

Jörg Berlins Leserbrief nimmt sich den GEW-Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten vor. Dieser hatte Hans Peter de Lorents in der Tat recht eitles Interview über sein dreibändiges Werk „Täterprofile“ (E&W 5/2019) kritisiert. Für Berlin offensichtlich Majestätsbeleidigung. Die jungen Kolleginnen und Kollegen hätten sich der „Schmähung“ de Lorents schuldig gemacht. Sie würden „bramarbasieren“. Zum Vorwurf, de Lorent sei ein „Hobbyhistoriker“, schreibt Berlin, bereits die vielen Fußnoten de Lorents hätten die jungen Aufmüpfe eines Besseren belehren müssen. Tatsächlich? Geschätzte 50 Prozent der Anmerkungen stammen aus Entnazifizierungsakten, vor allem aber aus Personalakten, die de Lorent ein ums andere Mal meist völlig kritiklos zitiert. Welche „Belehrung“ ergibt sich daraus?

Besonders empört hätten sich die Kritiker de Lorents über dessen Bemerkungen zu Walter Bärsch gezeigt, „einem Hamburger Lehrer, Oberschulrat, Professor und GEW-Funktionär“, so Berlin in seiner Aufzählung. Bärsch aber war seit 1933 SS-Mitglied und seit 1934 NSDAP-Mitglied. „Gründlich erforscht und bekannt gemacht hatte (auch) dies de Lorent“, schreibt Berlin. Das erweckt einen fatal falschen Eindruck. Nicht einmal de Lorent würde das behaupten. In seinem „Täterprofil“ zu Bärsch erwähnt de Lorent, dass bereits 2008 Bodo Schümann über die NS-Karriere Bärschs berichtet habe und dass er, de Lorent, davon erst um 2016 aus einem Schreiben der stellvertretenden Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung, Rita Bake, erfuhr.

Und worüber bramarbasieren die vorwitzigen jungen KollegInnen nun eigentlich? Es geht Berlin um die, so sagt er, „angebliche“ Verstrickung des langjährigen Präsidenten des Kinderschutzbundes in Pädophilie verharmlosende Diskurse. Das würden seine Kritiker eine „unfassbare Unkenntnis über die Person Bärschs“ nennen. Das ironisiert Berlin zu einem der „Höhepunkte der Künste der Kritiker“, zumal de Lorent darüber im Interview gar nicht habe reden müssen.

Doch, das hätte er! Aber über die Missbrauchsvorwürfe schreibt de Lorent ja auch nichts in seinem Täterprofil! Die jungen Leute sind völlig zu Recht empört.

Und sie sind es auch nicht, die bramarbasieren. In seinen letzten Zeilen seines Täterprofils von Bärsch zitiert de Lorent Sätze von Malte Herwig, und hier kommt die Bramarbasierei knüppeldick: „Das Lebenswerk, das die Flakhelfer als Künstler, Wissenschaftler oder Politiker nach 1945 schufen, verdient umso mehr Anerkennung, als es unter denkbar ungünstigen Voraussetzungen entstand. Verführt und verraten entließ sie das ‚Dritte Reich‘ in eine ungewisse Zukunft, die sie meisterten. Sie trugen so nicht allein zur demokratischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik bei. Ihr Schicksal verkörperte geradezu den Wandel vom Schlechten zum Guten.“ So könne man das bei Bärsch auch sehen, schließt de Lorent. Dumm nur: Bärsch war gar kein Flakhelfer.

Mir sprechen die jungen Kolleginnen und Kollegen aus der Seele.

Bernhard Nette, Hamburg

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TimeTEX

So leben Lehrer/innen leichter

10,– € Gutschein
= 33 % Rabatt
Code: EW1485
Mindestbestellwert 30,– €
Gültig bis 31.03.2020
www.timetex.de/EW1485

Wortarten-Symbole, 60-tlg.
magnetisch
• visuelles Erkennen des Satzbaus und der Wortarten
nur 19,90 €
Art. 62947-43

Zeitdauer-Uhr
„lautlos“ Compact
lautloses Quarzlaufwerk
nur 12,90 €
• Restzeit-Visualisierung
• Ablauf-Signal
Art. 61939-43

Mobil-Sichtschutz
„Clausura“
• kein Abschreiben mehr
• schnelles Aufstellen + Abräumen
ab 1,95 €
Art. 70070-43

Magnetische Steine
extrastarke Magnetwirkung
nur 6,95 €
• geeignet z.B. für Stahlemaille-Tafeln
• 20 Stück
Art. 93276-43

Stehsammler
„Fächerstar“ A4
• Unterlagen griffbereit und sortiert
• aus stabiler PP-Folie, 23 farb. Fächer
nur 14,90 €
Art. 10659-43

Gehörschutz für Kinder
„Auris“ nur 9,95 €
• für konzentriertes Arbeiten
• dämpft störende Geräusche (SNR 26 dB)
Art. 70055-43

Hänge-Orga-Tasche
A4 quer, 6 Taschen
nur 4,95 €
• übersichtlich + griffbereit aufbewahren
• für Arbeitsblätter + Infos
Art. 10662-43

Verhaltens-Ampel
• wirkt motivierend und spornt zur Verbesserung an
Art. 10836-43
Mich kann man beschriften!
ab 27,90 €

Magnet-Plättchen 10 x 10 mm
nur 3,95 €
Gute Magnet-Haftung
• selbstklebend, 200 Stück
• zur Herstellung magnetischer Unterrichtshilfen
Art. 93290-43

Siebdruck Stempel
„Perpetuum“ 4in1
nur 7,95 €
• 1 Stempel = 4 Stempel-Motive
• 5.000 x stempeln ohne Stempelkissen
Art. 62975-43
Datum: Unterschrift der Eltern
Bitte sorgfältiger arbeiten!
Hausaufgabe fehlt / teilweise!
Bitte noch einmal!

Lese-Klapp-Computer
189-tlg.
• zum Lernen und Üben des ABC
aus Holz
ab 14,90 €
Art. 92260-43

Taschen und Trolleys
TOP Preis, TOP Qualität
ab 69,90 €
• große Auswahl
• hochwertige Materialien
• robust, mit viel Platz

Preise per 01/2020 inkl. MwSt., zzgl. Versandpauschale 3,95 EUR, Planer + Hefte 2,50 EUR – bei Schulplanern ab 10 Stück portofrei.

-43 · 01/2020 ©TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH, Ländenstraße 10, 93339 Riedenburg

www.timetex.de • TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH • Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

GR-Samos, Fam. Taleporou
verwöhnt Sie - 8 DZ & super Frühstück:
www.pension-ermioni-samos.de
oder traumhaftes Ferienhaus in den Bergen:
www.haus-agapi-samos.com

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10

Wandern ohne Gepäck
Individuelle Wanderreisen in ganz Europa.
www.eurohike.at

Auf die Plätze, fertig, Wasser!
arche noVa
Initiative für Menschen in Not
Spendenlauf mit arche noVa
Jetzt organisieren!
Checkliste zum Runterladen:
www.arche-nova.org/spendenlauf

RAD & SCHIFF
Mit dem schwimmenden Hotel radelnd unterwegs.
www.eurobike.at

Ihre Anzeige in der E&W:
• Eine klare Zielgruppe erreichen
• Auflagenhöhe von über 270.000
• Zielgerichtet erfolgreich werben
• Attraktives Umfeld für Ihre Werbung
Kontaktieren Sie uns!
0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
10 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendfahrten
• Radtouren
Fam. Koopmans
Slinke 19, NL9011 WV Jirnsum
Ruf +31 566 631604
info@frieslandcharter.nl
www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP**

TOSKANA
Urlaub im BIO-Weingut.
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche.
Ermäßigung für GEW-Mitglieder!
Tel./Fax 0039-571-408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Erlebnisreisen mit dem Rad
30 Jahre Erfahrung. Herrliche Touren, individuell oder geführt.
www.rueckenwind.de

Erlebnisorientierte Reise - Toskana
Ricotta-Käse machen? Pizza backen? Gemüse pflücken? Musik machen?
Besuche uns! **01573 / 8539435**
www.portoallelenze.com

VOGEL
FADEN
PLASTIKMAGEN

Foto: © Lehmann / Greenpeace
GREENPEACE
greenpeace.de/wellemachen

Diesmal

Cartoon: THomas Plaßmann